

17. Oktober

7 / 2019

www.landtag-mv.de



+++ Erste Plenarsitzungen nach der Sommerpause +++ Schlagabtausch zum Haushalt +++ Das Ende der Elternbeiträge
+++ Cannabis bleibt illegal +++ Deutsch-russische Partnerschaft +++ Jörn Mothes wiedergewählt +++ Befragung der
Landesregierung +++ Agrarausschuss befasst sich mit Plastikmüll +++ Landesbaupreis für Plenarsaal +++



Titelfoto: Uwe Sinnecker

3	Gastkolumne	Eberhard Rogmann, Redakteur, Nordkurier, Lokalausgabe Mecklenburger Schweiz, Teterow kommentiert die Schließung des Schlachthofes in Teterow
4 – 11	AUS DEM PLENUM	
4	Aktuelle Stunde	„Mehr Polizisten, besserer Mobilfunk, ehrliche Kommunalfinanzen: Weil es um Mecklenburg-Vorpommern geht“
5 – 11		Vincent Kokert (CDU), Lorenz Caffier (Minister für Inneres und Europa), Christian Pegel (Minister für Energie, Infrastruktur und Digitales), Nikolaus Kramer (AfD), Thomas Krüger (SPD), Dr. Matthias Manthei (Freie Wähler/BMV)
12 – 19	Auszüge aus der Original-Debatte	
	Berichte	Schlagabtausch zum Haushalt Kostenlose Kita kommt Vor der Schule erst einmal Deutsch lernen Cannabis bleibt illegal Das Ende einer Tradition in Teterow
20 – 21	Weitere Beschlüsse	Mehr Maßnahmen für bezahlbares Wohnen Deutsch-russische Partnerschaft Wohlfahrtsverbände werden neu finanziert Breitband gezielter fördern Engagierte Menschen schützen Neue Quoten Neue Struktur für das BBL Weiterhin Zulagen Kilometergrenze bleibt Jörn Mothes wiedergewählt Mehr Geld
22 – 25	Befragung der Landesregierung	Andreas Butzki (SPD) – Dr. Till Backhaus, Minister für Landwirtschaft und Umwelt Ralf Borschke (FW/BMV) – Dr. Till Backhaus, Minister für Landwirtschaft und Umwelt Dirk Lerche (AfD) – Lorenz Caffier, Minister für Inneres und Europa Jacqueline Bernhard (DIE LINKE) – Stefanie Drese, Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung
26 – 27	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
28 – 30	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Innen- und Europaausschuss in Brüssel Letzte thematische Anhörung der Reihe „Jung sein in M-V“ Agrarausschuss befasst sich mit Plastikmüll Umweltpreis vergeben
31	PANORAMA	Landesbaupreis für Plenarsaal
32	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Gerhard Reichert, Anna-Maria Leistner,
Michaela Ludmann

Layout: Landtag M-V/Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 20.09.2019

Globalisierung in Teterow angekommen



Foto: Silke Voß

Eberhard Rogmann arbeitet seit vielen Jahren als Redakteur beim Nordkurier, Lokalausgabe Mecklenburger Schweiz in Teterow.

■ Teterow steht im Zeichen eines Jubiläums. Pfingsten nächsten Jahres wird auf dem Bergring das 100. Motorradrennen stattfinden. Der Bergring, gerühmt als Europas schönste Grasrennbahn, ist zum Markenzeichen der Stadt weit über Landesgrenzen hinaus geworden.

Bekanntheit international erwarb die Kleinstadt ebenfalls durch ihren Schlachthof. Dies nicht erst mit dem Neubau des Versandschlachthofes nach der Privatisierung vor einem Vierteljahrhundert durch das Unternehmen Annuss. Schon in den 1960er Jahren wurde der Volkseigene Betrieb ausgebaut und modernisiert. Als Teil des Kooperationsverbands „Fleischschwein“ war er eine tragende Säule bei der Versorgung der Bevölkerung und für den devisenträchtigen Export. Immer zählte er zu den bedeutendsten Arbeitgebern im Ort.

Ende einer Ära. Die Globalisierung war in Teterow angekommen. Es dämmerte die Erkenntnis, dass nunmehr andere bestimmen, wie's hier langgeht.

Die Art und Weise ihres Vorgehens war bezeichnend. Gerademaß sechs Wochen ließ der Konzern den Tierwirten, sich neue Geschäftspartner zu suchen. Die Bauern gerieten in die Bredouille. Irgendwo müssen sie ihre Tiere ja schlachten lassen. Unter den so vor den Kopf gestoßenen sind viele, die in Krisenzeiten, als Schlachthofeigentümer wiederholt in der Insolvenz standen, dem Unternehmen die Treue gehalten hatten.

Dank hatten sie nicht erwartet, wohl aber Fairness. Es erwies sich als Illusion.

sich selbst überlassen wird. Gerade nachdem im Land klar war, dass man keine Großviehanlagen mit 100.000 Tieren will, setzten Betriebe auf eine regionale Produktion und Wertschöpfung über kurze Wege. Diese Bauern hatten die Zeichen der Zeit erkannt und stellten sich den Herausforderungen innovativ. Es sind jene, die von sich aus in Tierwohl und nachhaltig umweltschonende Produktion investierten. Über ihrer Zukunft hängt jetzt ein Damoklesschwert.

Strukturwandel ist in der Wirtschaft allgegenwärtig. Gerade weil das so ist, bedarf er der Kommunikation – einer konstruktiven Kommunikation auf Augenhöhe. Davon konnte in diesem Fall nicht die Rede sein. Wenn Politik sich dabei auf die Nebenrolle eines äußeren Beobachters beschränkt, grenzt das an verantwortungslose Verweigerung. Der Hinweis auf die Autonomie der Ökonomie läuft ins Leere. Sicher, der Markt reguliert sich selbst. Aber der Preis dafür kann irrational ausfallen.

Gerade jährt sich der Schwarze Freitag zum 90. Mal. Dessen verheerende Folgen verpflichten Politik, regulierend einzugreifen, wenn in der Gesellschaft etwas aus dem Ruder zu laufen droht. Rechtzeitiges und wirksames Handeln ist geboten. Im aktuellen Fall läuft man den Ereignissen leider nur hinterher.

Eberhard Rogmann

Auf den Seiten 18 und 19 finden Sie einen Bericht über die Parlamentsdebatte zu diesem Thema.

„ Gewachsene Produktionsstruktur abgehängt. “

Da kam es einer Schockwelle gleich, als Danish Crown Ende Juli dieses Jahres bekanntgab, die Schweineschlachtung hier einzustellen. Anzeichen dafür, dass einschneidende Veränderungen bevorstehen, gab es bereits ein Jahr zuvor. Damals waren die örtlichen Geschäftsführer René Drews und Julitta Knorr von den Dänen von einem Tag auf den anderen vor die Tür gesetzt worden. In der Stadt nahm man das als ein böses Omen. Nüchtern betrachtet, war es das

Danish Crown begründet seine Entscheidung mit wirtschaftlichen Zwängen. Die Zahlen liegen auf dem Tisch und sprechen für sich. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn die Zahlen liegen nicht erst seit gestern auf dem Tisch. Angesichts der Tragweite dieser Entscheidung ist es höchst fragwürdig, die Weiche einfach umzustellen und den Zug in eine andere Richtung rollen zu lassen, wobei eine über Jahrzehnte gewachsene Produktionsstruktur einfach abgehängt und



Foto: Uwe Sinnecker

Mit Highspeed aus der Sommerpause

Ausbau des Internets dominiert Debatte der Aktuellen Stunde

■ **Mobilfunk, Polizei, kommunale Finanzen – diese drei Themen bildeten auf Antrag der CDU-Fraktion den Mittelpunkt der ersten Aktuellen Stunde nach der Sommerpause. Die Koalitionspartner zogen eine positive Zwischenbilanz auf diesen Gebieten, die Opposition reagierte mit Unmut.**

Als die CDU-Fraktion das Thema für die Aktuelle Stunde beantragte, war noch unklar, wie die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen ausgehen würden. Nun, zur Debatte am 4. September, sind die Wahlergebnisse drei Tage alt und für CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert** „kein Anlass zum Jubel“. Seine Quintessenz für M-V: Mehr Gespräche mit Bürgern führen, politische Lösungen besser kommunizieren. Mit seinen politischen Schwerpunkten habe das Land bislang „viele richtig gemacht.“ Mehr Polizei, mehr Geld für Kommunen, besserer Mobilfunk – „wir packen das an“. Ein politischer Wille, der sich auch im aktuellen Haushaltsplan wiederfinde. Zum Beispiel mit 50 Millionen Euro für Mobilfunk-

masten und 300 Millionen Euro mehr für Kommunen. Das sei gute Politik.

Niedrige Arbeitslosigkeit, robustes Wirtschaftswachstum, Wohlstand für viele Menschen. Mit M-V sei es in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten steil bergauf gegangen, pflichtete Innenminister **Lorenz Caffier** bei. Viel von dem Erreichten sei inzwischen aber so selbstverständlich, „dass sich trotz guter Datenlage in Teilen der Bevölkerung Unzufriedenheit verbreitet“. Sein Appell: Erfolge sichtbarer machen.

Der Breitbandausbau im ländlichen Raum schreite gut voran, sagte Digitalisierungsminister **Christian Pegel**. In zweieinhalb Jahren seien ländliche Regionen besser ausgestattet als Städte. Von 101 Anträgen für das Förderprogramm des Bundes seien 99 bewilligt, 40 Projekte bereits gestartet. Gedämpft fielen seine Prognosen für kommunale Mobilfunkmasten aus. Das Förderprogramm des Landes befinde sich noch in der Prüfphase.

„Wo sind denn Funklöcher geschlossen?“, fragte **Nikolaus Kramer**, AfD-Fraktionschef. Nicht mal an der Fachhochschule in Güstrow gebe es Internet, dafür aber einen millionenschweren Sanierungsstau. „Und Sie kommen hier von Monat zu Monat mit Ihrer Aktuellen Stunde und erzählen uns, wie gut Sie arbeiten.“

1,5 Milliarden Euro fürs Breitband, 50 Millionen für Mobilfunkmasten: „Wir realisieren den Ausbau“, erwiderte der Fraktionsvorsitzende der SPD, **Thomas Krüger**. Die Zahl der Polizisten sei wie versprochen gestiegen. Und bei der Fachhochschule Güstrow werde im Haushaltsplan nachgesteuert. „Davon zu sprechen, dass wir hier nur reden und nichts machen, ist schlicht und einfach falsch.“

„Heute werden zum hundertsten Mal die Mehrpolizisten bemüht und ein ehrlicher Finanzausgleich beschworen, garniert mit ein bisschen Mobilfunk“, beklagte **Peter Ritter** (DIE LINKE). Anstatt sich immer wieder selbst zu feiern, sollte die Koalition endlich den Alltag der Bürger wahrnehmen. „Die Menschen im Land fühlen sich mehr und mehr verschaukelt.“

Die Planstellen der Polizei auf 6185 zu erhöhen, sei nur ein vorgeblicher Zuwachs, wandte **Dr. Matthias Manthei** (Freie Wähler/BMV) ein. Nach jahrelangem Personalabbau werde damit lediglich der Stand von vor zehn Jahren erreicht. „Mehr nicht.“

Vincent Kokert, CDU-Fraktion:

„Geld ist bei Kommunen gut angelegt“

Foto: Uwe Simmecker



Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! [...]

ich will [...] mit den beiden Landtagwahlen [...] anfangen und will Ihnen [...] sagen, welche Lehren ich [...] daraus gezogen habe und wie ich das Wahlergebnis insgesamt bewerte.

[...] ich finde, es bietet keinen Anlass zum Jubel,

Da sehe ich Bildung als eines der großen Zukunftsthemen.

(Beifall Dr. Gunter Jess, AfD)

[...] Was mir persönlich große Sorgen bereitet, ist, dass du mit Landesthemen überhaupt nicht mehr durchdringst. Es spielt [...] keine Rolle [...], ob es im Land um vernünftige Bildung geht, ob es um innere Sicherheit geht, ob es den Landwirten gut oder schlecht geht. Was ist [...] mit der Feuerwehr? [...] Auf allen Wahlkampfveranstaltungen gab es [...] nur Bundesthemen. Und da stellt sich [...] die Frage [...], wie wir mit den Bürgern wieder mehr ins Gespräch kommen.

[...] ich versuche seit Monaten, nach der gleichen Marschrichtung zu verfahren — einmal weniger Landespresseball, einmal mehr aufs Dorrfest. [...] wenn du da unterwegs bist [...], dann kommen die Menschen auch mit ihren Sorgen und Nöten. [...] Der Erste war der SPD-Generalsekretär [...] und Herr Klingbeil sagte, jetzt muss der Bund endlich liefern. [...] Ich habe umgeschaltet auf ZDF, da stand der Generalsekretär der CDU, der hat gesagt, jetzt muss Berlin endlich liefern. Da kann ich nur sagen [...] Leute, macht es doch einfach mal!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und AfD)

[...] Und wenn Sie sich das ansehen, dann glaube ich [...], dass wir zum Teil auch Journalisten oder Moderatoren des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben, die mit politischen Fragen völlig überfordert sind –

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

[...], aber ich will da keine Medienschelte betreiben,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nein.)

[...], weil ich ja selber auf viele Fragen keine Antworten habe,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Bürgerliche Koalition.)

aber natürlich, wenn damit reingewaschen werden soll, dass die AfD sich mit einem Mal als bürgerlich generieren kann,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

dann muss ich schon sagen [...], das ist keine Meisterleistung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewesen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

[...] wenn wir nicht den Menschen vor Ort Lösungen präsentieren, [...] dann schalten die Leute einfach weg. [...] dann will ich mich natürlich auch mit Mecklenburg-Vorpommern beschäftigen,

(Zurufe von Horst Förster, AfD, und Dr. Ralph Weber, AfD)

[...] Und seit 2006 machen wir in diesem Land keine Schulden mehr. Wir haben sogar immer Überschüsse generiert und das Geld haben wir genommen, um politisch zu gestalten. [...]

(Dr. Ralph Weber, AfD: Dafür plündern Sie Rücklagen.)

[...] natürlich sind Rücklagen im öffentlichen Sektor nicht dafür da, dass man die immer weiter anspart [...].

(Zurufe von Sandro Hersel, AfD, und Jens-Holger Schneider, AfD)

Dann sagen Sie laut, dass Sie nicht mehr Polizeikräfte auf der Straße haben wollen! [...] Und, [...], wenn Ihnen [...] egal ist, ob die Kommunen gute Finanzausstattungen haben, dann sagen Sie auch bitte das laut, weil das ist mit Abstand der größte Brocken, den wir in diesem Landeshaushalt dann stemmen werden! Über 300 Millionen Euro stecken wir ins FAG, [...] das Geld bei den Kommunen ist gut angelegt, und da muss es hin [...] wir haben da Wort gehalten, [...], wir verbessern die Bedingungen für die Polizeibeamten [...] Und

die konkreten Maßnahmen sind doch klar: höhere Schichtzulagen. [...]

[...] Das ist doch eine Katastrophe, dass wir den Leuten keine Aufstiegschancen bieten konnten. [...] wir werden den mittleren Dienst in den nächsten Jahren Stück für Stück weiterbefördern können [...]

das Thema Mobilfunk bewegt mich nach wie vor. [...] Wie erkläre ich eigentlich [...], dass der Hamburger das Gleiche für seinen Mobilfunkvertrag bezahlt wie einer in Eggesin. [...] Der eine kriegt 100 Prozent Abdeckung [...] und der andere hat nur 30 [...].

*(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, aber dafür muss man öfter anrufen.)*

[...] wenn wir im Allgemeinen über neue Medien reden, wenn wir über die wirtschaftliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern reden, dann reden wir auch immer über Mobilfunk, und deshalb sind auch diese 50 Millionen Euro dort gut angelegtes Geld. [...]

Und zum Schluss [...] will ich Ihnen sagen, ich sehe noch eine Baustelle [...] und die Baustelle heißt [...] „Bildung“. [...] glauben Sie mir, wir sind auch intern darüber in der Abstimmung [...] was wir in Zukunft bei der Bildung verbessern können [...]. Und da sehe ich Bildung als eines der großen Zukunftsthemen [...]

Lorenz Caffier, Minister für Inneres und Europa

„Mehr Polizisten, Mobilfunk, Kommunalfinanzen“

Fotos: Uwe Sinnecker



[...] Ein großes Thema für die Menschen ist zweifelsohne die Sicherheitslage. Die Zahl der Straftaten – statistisch gesehen – sinkt zwar von Jahr zu Jahr, aber das Sicherheitsgefühl der Menschen hat gelitten. [...] Wir haben den Menschen mehr Sicherheit durch mehr Polizisten versprochen und die Landesregierung hat Wort gehalten. 400 Polizisten zusätzlich sind für ein eher strukturschwaches Bundesland schon ein bemerkenswerter Kraftakt. [...] Das vereinbarte Ziel haben

wir fest im Visier: zwei vollbesetzte Streifenwagen pro Revier – klare Forderung hier aus dem Haus – und rund um die Uhr sieben Tage die Woche garantiert.

Fest im Visier haben wir eben auch den kommunalen Finanzausgleich. [...] Höhere Zuweisungen, gerechtere Verteilung, Infrastrukturpauschale – die FAG-Reform wird ein Meilenstein für die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern werden. Wir versetzen die Gemeinden, Städte und Landkreise in die Lage, vor Ort für ihre Bürger da zu sein: Investitionen in die Kita, die Schule, in die Straßen, in die Feuerwehr oder eben auch in den Jugendklub oder den Kulturverein. [...] Wir kümmern uns, wir nehmen die Anliegen ernst und gehen die Probleme ernsthaft an. Man darf – und das tun wir – nicht das Blaue vom Himmel versprechen, sondern wir setzen hier auf harte und ehrliche gemeinsame Regierungs- und Fraktionsarbeit. [...] Wir haben noch viel zu tun. Packen wir es an!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vorwärts immer!)

Wir wollen das Land weiter voranbringen. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Christian Pegel, Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung

„Chance genutzt“



Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

[...] wenn wir auf das Zwischenwort Mobilfunk schauen, würde ich insgesamt die digitale Infrastruktur darunter fassen. [...] Sie wissen, dass wir im Festnetzbereich die Chance genutzt haben, die das Bundesprogramm uns eröffnet hat. [...] Insgesamt fließen etwas über 830 Millionen Euro nach M-V. [...]

Weil aber digitale Infrastruktur auch mobile Infrastruktur ist, [...] hat dieser Landtag dankenswerterweise aus den Strategiefondsmitteln [...] ein sehr klares Signal gesetzt, indem 50

Millionen Euro für ein Mobilfunkmastenausbauprogramm bereitstehen. [...]

Die Frage ist [...], ob sich der Weg, den Kommunen das an die Hand zu geben, oder aber eine Zentralisierung in einer Landesgesellschaft, wie der Bund es mit seinem Vorstoß vorangetrieben hat, mehr anbietet. [...]

50 Millionen Euro sind zwar ziemlich genau die 80-Prozent-Quote, die wir im Blick hatten. Wir kriegen gleichwohl Fragen von Kommunen, die nicht zu Unrecht sagen, wenn der Bund jetzt mit einer Bundesgesellschaft kommt, bezahlt er also 100 Prozent. [...]

Der Bund wird voraussichtlich einen Anschluss- und Benutzungszwang vorsehen. Der ist wichtig. Wenn wir Türme in die derzeit unterversorgten Bereiche stellen, brauche ich auch [...] die großen Anbieter, die dann oben drauf eine Funkeinheit setzen [...].

[...] Auch das ist ein Grund zu prüfen, ob es sinnvoller ist, in einer Landesgesellschaft oder einer Landesstruktur zu bauen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Nikolaus Kramer, AfD-Fraktion:

„Wir sprechen mit dem Bürger“



Foto: Uwe Sinnacker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen hier im Landtag! Liebe Landsleute! [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vincent Kokert, CDU: Oh, Sie sind ein Theoriejäger, Herr Kramer!

Meine Damen und Herren, ehrliche Kommunalfinanzen beginnen mit einem Zeitplan, der eingehalten wird. [...]

Herr Caffier sprach noch im Mai 2017 von einem sehr engen

Zeitplan. Ohne Begründung

(Thomas Krüger, SPD: Ohne Begründung?)

wurde die

(Thomas Krüger, SPD: Ohne Begründung?)

für das Oktoberplenium 2017,

(Thomas Krüger, SPD: Das ist doch falsch.)

ohne Begründung

(Thomas Krüger, SPD: Falsch!)

wurde die angesetzte Erste Lesung verschoben. [...]

Weiter geht es damit, dass ehrliche Kommunalfinanzen auf einer Zusammenarbeit mit den Kommunen auf Augenhöhe funktionieren können.

(Martina Tegtmeier, SPD: Genau.)

Und da spreche ich die Verhandlungen zur Infrastrukturauschale an. Und wir erinnern uns alle an das Beispiel, als dann die Spitzenvertreter aufgestanden sind und diese Sitzung verlassen haben, [...]

da wurden dann aus 40 Millionen 60 Millionen, weil Herr Thomas Beyer von der SPD sagt, das ist kein Angebot, das ist eine Unverschämtheit. [...]

Thema Mobilfunk: Für Sie ganz wichtig, Herr Kokert,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, richtig!)

ganz wichtig.

„Und immer kommen Sie hier von Monat zu Monat mit Ihrer Aktuellen Stunde und erzählen uns, wie gut Sie arbeiten.“

(Vincent Kokert, CDU: Das haben Sie ja verschlafen, das Thema, wie so viele andere auch. – Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Vincent Kokert, CDU: Sie schnarchen so laut, da muss man sich ja die Ohren zuhalten!)

[...]

Da hatten wir Anträge im Plenum vom September 2018. Funklöcher sollen durch ein betreiberoffenes Roaming geschlossen werden.

*(Vincent Kokert, CDU: Ja.
Thomas Krüger, SPD: Und was nun?!)*

Wo sind denn die geschlossen jetzt?

(Vincent Kokert, CDU: Ja, was nun?)

Wo sind denn Ihre Maßnahmen umgesetzt worden?

*(Vincent Kokert, CDU: Sie haben doch gerade gehört,
was der Minister ausgeführt hat.)*

Da haben wir im Januar 2019 die Bundesratsinitiative für ein funklochfreies M-V, Auflagen bei der Vergabe von 5G-Frequenzen. Sie faseln und faseln und faseln,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

aber machen tun Sie nichts!

*(Thomas Krüger, SPD: Das Programm steht! Das Programm steht! –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)*

[...] Und nun zum dritten und letzten Thema dieser Aktuellen Stunde: mehr Polizei. Da sprechen Sie mir absolut aus dem Herzen, mit dem, was Sie vorhin gesprochen haben.

(Vincent Kokert, CDU: Wie viele Polizeistellen hatten Sie noch in Ihrem Wahlprogramm als Forderung der AfD, Herr Kramer?)

[...] Wir kommen aber nur weiter, und nicht nur, also ich motiviere die Beamten, die Mitarbeiter nicht nur mit finanziellen Mitteln, ich motiviere Sie, indem ich zum Beispiel die Fachhochschule in Güstrow dementsprechend ausstatte.

*(Thomas Krüger, SPD:
Sie motivieren die gar nicht!)*

Wir haben dort 32 Lehrräume, wo wir keinen Internetzugang haben. Wir holen uns externe Dozenten, die dann nicht mal ins Internet gehen können, was an jeder anderen Hochschule in diesem Land möglich ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Funkloch in der Praxis.)

[...] Und immer kommen Sie hier von Monat zu Monat mit Ihrer Aktuellen Stunde und erzählen uns, wie gut Sie arbeiten. Da lachen echt die Hühner, meine Damen und Herren!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)*

Und dann stellen Sie sich,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

und dann stellen Sie sich hier vorne hin, Herr Kokert, und sagen, es gibt keine bürgerliche AfD und wir sollen uns mal

unsere Kommunalwahlergebnisse angucken. [...]

Auf meine Person bezogen: Bürgerschaft Greifswald, Hansestadt Greifswald, da habe ich das zweitbeste Ergebnis nach einem Kollegen Ihrer Partei.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Vincent Kokert, CDU: Sehen Sie!)*

Kreisverband, im Kreistag für Vorpommern Greifswald, zweitbestes Ergebnis nach einem Kollegen Ihrer Partei.

Und warum, was glauben Sie, Herr Kokert, warum ich überall die zweibesten Ergebnisse eingefahren habe? [...]

Wir arbeiten jeden Tag! Wir sind beim Bürger! Und wir warten nicht in unseren Bürgerbüros, dass die Bürger zu uns kommen, nein,

*(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Komisch,
dass ich Sie nicht sehe in Ludwigslust.)*

[...] Wir sprechen mit dem Bürger. [...]

Ihre Lehren, dass wir jetzt mit den Bürgern reden wollen, das macht die AfD seit 2013,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, ja, ja.)

seitdem die AfD besteht.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Patrick Dahleemann, SPD, und Vincent Kokert, CDU)*

[...] ich kann Ihnen nur sagen, setzen Sie,

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)*

setzen Sie auf ein bürgerliches, konservatives Bündnis

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

zwischen AfD und CDU,

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Vincent Kokert, CDU)

und dann können wir in diesem Land auch noch was verändern! [...]



Die vollständigen Redebeiträge finden Sie im Plenarprotokoll der 70. Landtagssitzung unter www.landtag-mv.de/parlamentsdokumente.html. Auf dem YouTube-Kanal des Landtages gibt es die Plenarsitzungen auch als Video.

Thomas Krüger, SPD-Fraktion:

„Das ist Realpolitik“

Foto: Uwe Sinnecker



Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich hatte eigentlich gar nicht vor zu reden, aber mich treibt es dann doch nach vorne.

Herr Kollege Kramer, Sie haben eben von einer bürgerlichen Kooperation/Koalition oder was auch immer schwadroniert. Sie sind ja sehr weit abgegangen vom eigentlichen Thema. Ich sage Ihnen, das ist ja der neue Versuch Ihrer Partei, sich neu zu bemänteln. Aus Sicht meiner Partei sind Sie vielleicht rechtsnational oder vielleicht auch rechtsextremistisch, [...] mit Sicherheit sind Sie nicht bürgerlich, um das mal klarzustellen!

„ Mit Sicherheit sind Sie nicht bürgerlich, um das mal klarzustellen! „

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Wolfgang Waldmüller, CDU – Zuruf von Horst Förster, AfD)

[...] Wir reden hier in der Aktuellen Stunde, das heißt, wir reden über aktuelle Ereignisse, und richtig ist, wenn wir über Aktuelles reden, dann reden wir auch darüber, Frau Kollegin, was wir diese Woche an wichtigen Themen draufhaben. Als wichtige Themen diese Woche haben wir beispielsweise drauf die kostenfreie Kinderbetreuung in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist Realpolitik. Wir reden über das FAG, das hat Kollege Kokert schon gemacht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war aber nicht das Thema der Aktuellen Stunde.)

Eine halbe Milliarde Euro an Investitionen über die Kommunen werden realisiert, da komme ich aber gleich noch mal drauf. Und wir reden über den Haushalt mit einer eigenfinanzierten Investitionsquote, so hoch, wie es sie seit Jahrzehnten nicht gegeben hat in diesem Land, meine Damen

und Herren. Das ist die Politik, die wir machen, das ist die Politik der Koalition in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Und dann lassen Sie uns mal auf die einzelnen Themen eingehen, die hier der Fraktionsvorsitzende der CDU auch genannt hat: Das erste ist die innere Sicherheit.

Meine Damen und Herren, die Menschen in diesem Land haben einen Anspruch darauf, dass wir am Thema „Innere Sicherheit“ arbeiten, die haben einen Anspruch darauf, dass wir innere Sicherheit in diesem Land organisieren. Und dann ist es richtig, dass wir die Polizeistärke gesteigert haben. Von ehemals 5.800 sind wir jetzt auf 6.200 Polizistinnen und Polizisten im Plan. Ich weiß, dass die noch nicht in Gänze angekommen sind. Das ist so, weil die Polizistinnen und Polizisten ausgebildet werden müssen.

Und dann haben Sie sich darüber ausgelassen, wie die Polizeihochschule aufgestellt ist. Wenn Sie am Wochenende dagewesen wären und den „Tag der offenen Tür“ sich angeguckt hätten, dann hätten Sie gesehen, was für einen Run von jungen Menschen es gibt, hier in Mecklenburg-Vorpommern entsprechend ausgebildet zu werden. Und richtig ist, dass im Haushalt, im aktuellen Haushalt, wir die Mittel einstellen, um auch bei der Fachhochschule nachzusteuern, denn am Ende wollen wir mehr Polizistinnen und Polizisten auf der Straße haben. Dazu ist es notwendig, dass wir die haushalterischen Mittel bereitstellen, dazu ist es notwendig, dass wir die Fachhochschule aufrüsten an der Stelle. Und genau das tun wir, in genau diesem Schrittmaß sind wir unterwegs.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und unser Ziel, meine Damen und Herren, war, dass die Polizeibeamtinnen und die Polizeibeamten, die jeden Tag den Dienst auf der Straße machen, dass die mehr Geld im Portemonnaie haben. Und genau das realisieren wir mit dem Sicherheits- und Ordnungspaket, das wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner verabredet haben. Unser Ziel war es und ist es nach wie vor, dass in jedem Polizeiviertel mindestens zwei Streifenwagen unterwegs sind, und zwar 24 Stunden, sieben Tage die Woche. Und genau da werden wir hinkommen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Kannst du vergessen! Das werden wir nie erreichen.)

Das ist die Sicherheitspolitik, die diese Koalition macht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und dann kommen wir zum Thema Mobilfunk. Voraussetzung dafür, dass wir hier einen flächendeckenden Mobilfunk kriegen, ist auch der Breitbandausbau, weil sie jeden dieser Masten ja anschließen müssen, kabelgebunden auch

anschließen müssen. Und dieses Land steckt mithilfe des Bundes insgesamt 1,5 Milliarden Euro in den Boden, um den Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern zu realisieren. Das heißt, wir tun es gerade, gerade in diesem Moment findet es statt. Und davon zu sprechen, dass wir hier nur reden und es nicht machen, das ist schlicht und einfach falsch, Herr Kramer. Das muss ich so deutlich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir haben das 50-Millionen-Euro-Programm zur Verfügung gestellt. Die Koalitionspartner sind unterschiedlich damit umgegangen, wie wir herausgefunden haben, wie man die Funklöcher ermittelt. Die CDU hat auf eine App gesetzt. Der Minister hat sich mit den Anbietern zusammengesetzt. Am Ende, denke ich, werden wir ein Ergebnis haben. Wir [...] wissen es inzwischen, wo die Funklöcher sind,

*(Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)*

und wir bauen inzwischen aus. [...] Wir realisieren den Ausbau: 1,5 Milliarden Euro Breitbandausbau, 50-Millionen-Euro-Programm, hier um ganz konkret die Masten aufzubauen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, meine Damen und Herren, dann sind wir beim FAG,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:

Wir haben noch nicht mal LTE-Standard. Noch nicht mal das!)

dann sind wir beim FAG. Und wenn wir uns das FAG, den Finanzausgleich angucken, dann gibt es hier eine Besonderheit, eine Besonderheit, die es in den letzten Jahrzehnten in diesem Landtag nicht gegeben hat, nämlich die Besonderheit, dass man einen gemeinsamen Weg gegangen ist, einen gemeinsamen Weg. Man hat gemeinsam Gutachter ausgesucht, man hat gemeinsam ein Gutachten schreiben lassen und man hat sich gemeinsam auf den Weg gemacht, dieses Gutachten umzusetzen. Und es ist richtig, es war die Ministerpräsidentin, die am Ende alle an einen Tisch geholt hat im März und mit kommunalen Verbänden gemeinsam ein Paket gepackt hat. Und wenn Sie sich die Presseäußerungen anschauen im Nachgang dieser Sitzung, dann werden Sie feststellen, dass eine hohe Zufriedenheit auf allen Seiten gewesen ist. Wir sind jetzt beim Umsetzen, 350 Millionen Euro mehr für die kommunale Ebene, in den nächsten drei Jahren fast eine,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

fast eine halbe Milliarde Euro allein an Investitionskosten. Da können Sie dazwischenmeckern, wie Sie wollen. Wir organisieren einen Schub für Mecklenburg-Vorpommern. [...] Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)*

Peter Ritter, Fraktion DIE LINKE:

„Das Mehr reicht nicht aus“



Foto: Uwe Sinnacker

„ Mit dieser FAG-Novelle
laufen Sie Gefahr, dass diese
Ankerpunkte im ländlichen Raum
weiter geschwächt werden. „

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!
[...]

So einfach [...] kann man aber auch nach diesem Wahlsonntag nicht zur Tagesordnung übergehen. Ich jedenfalls kann es nicht

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

und Frau Ministerpräsidentin offenbar auch nicht, wenn sie feststellt [...]: „Die Menschen in Ostdeutschland haben das Gefühl, nur wahrgenommen zu werden, wenn starke AfD-Ergebnisse da sind, aber ihr Alltag nicht wahrgenommen wird.“ [...] ich füge hinzu [...], das ist eben nicht nur ein Gefühl, das ist bittere Realität [...]. Und ich frage deshalb auch, was die Regierenden in Bund und Land [...] getan haben, um an [...] dieser Realität etwas zu ändern? Wenig bis nichts.

[...] was jetzt auf den Weg gebracht worden ist, das reicht nicht mal aus, um die Pensionierungswellen, die [...] vor uns stehen, auszugleichen [...]. Die Vorschläge ...

(Vincent Kokert, CDU: Quatsch!)

[...] meiner Fraktion von ...

[...] ...Anfang 2017 zur Verbesserung der Ausbildungssituation an der Fachhochschule in Güstrow, um mehr Beamtinnen und Beamte ausbilden zu können, wurden leichtfertig vom Tisch gewischt [...]

Mir ist in meinen Revierbereisungen kein Revier begegnet, aus dem nicht Beamte als Ausbilder nach Güstrow abgeordnet sind. Nun habe ich überhaupt nichts dagegen, wenn erfahrene Beamtinnen und Beamte nach Güstrow gehen [...]. Aber hier handelt es sich in der Regel [...] um langfristige Abordnungen, weil in Güstrow schlichtweg das Ausbildungspersonal fehlt.

(Manfred Dachner, SPD: Aber das war zu Ihrer Amtszeit auch schon so und es geht immer weiter.)

[...] Besserer Mobilfunk: Was wurde hier erreicht? Eine App gestartet, wo Menschen Funklöcher melden konnten [...] und den Energieminister aufgefordert, ein Förderprogramm aus Bayern abzuschreiben. Ach nein! [...] Es gibt ja jetzt noch das Digimobil.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Wie heißt es dazu so schön in der

(Vincent Kokert, CDU: Die 50 Millionen haben Sie vergessen, Herr Ritter. Ist das eine Kleinigkeit, oder was?)

[...] „Schweriner Volkszeitung“ [...]: „Für 152.000 Euro kann sich Oma Frieda in dem Mobil ansehen, wie es wäre, wenn sie Wlan in Posemuckel hätte.“

[...] Und dann kommen wir zu den „ehrlichen Kommunalfinzen“ [...] Ich zitiere aus einem Schreiben der Städte Malchin, Altentreptow und Stavenhagen an die Ministerpräsidentin [...]: „Es ist uns allen wichtig, dass eine Novelle des FAG erfolgt. Wir [...] haben uns über die Aussagen der Landesregierung gefreut, dass insgesamt mehr Geld ins System fließen soll und am Ende alle“ – dick unterstrichen: alle – „Kommunen davon profitieren. [...] Dabei ist festzustellen, dass die Grundzentren gegenüber dem derzeitigen FAG ab 2020 deutlich schlechtergestellt ... werden ... Grundzentren“ aber „sind die Ankerpunkte im ländlichen Raum ...“ [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dieser FAG-Novelle laufen Sie Gefahr, dass diese Ankerpunkte im ländlichen Raum weiter geschwächt werden. [...]

Ende der Fraktion Freie Wähler/BMV

Die Fraktion Freie Wähler/BMV hat sich aufgelöst. Mit Wirkung vom 1. Oktober 2019 ist der Fraktionsstatus erloschen. Ab sofort befindet sich die Fraktion gemäß §57 des Abgeordnetengesetzes M-V in Liquidation. Hintergrund ist der Wechsel von drei Mitgliedern der Fraktion Freie Wähler/BMV zu den Fraktionen der CDU und der AfD. Dadurch war die laut Artikel 25 der Landesverfassung notwendige Anzahl von mindestens vier Fraktionsmitgliedern nicht mehr gegeben. Die Abgeordneten Dr. Matthias Manthei und Bernhard Wildt sind in die CDU-Fraktion gewechselt und der Abgeordnete Ralf Borschke ist

Dr. Matthias Manthei, Fraktion Freie Wähler/BMV:

„Wir brauchen eine starke Polizei“



Fotos: Uwe Sirmecker

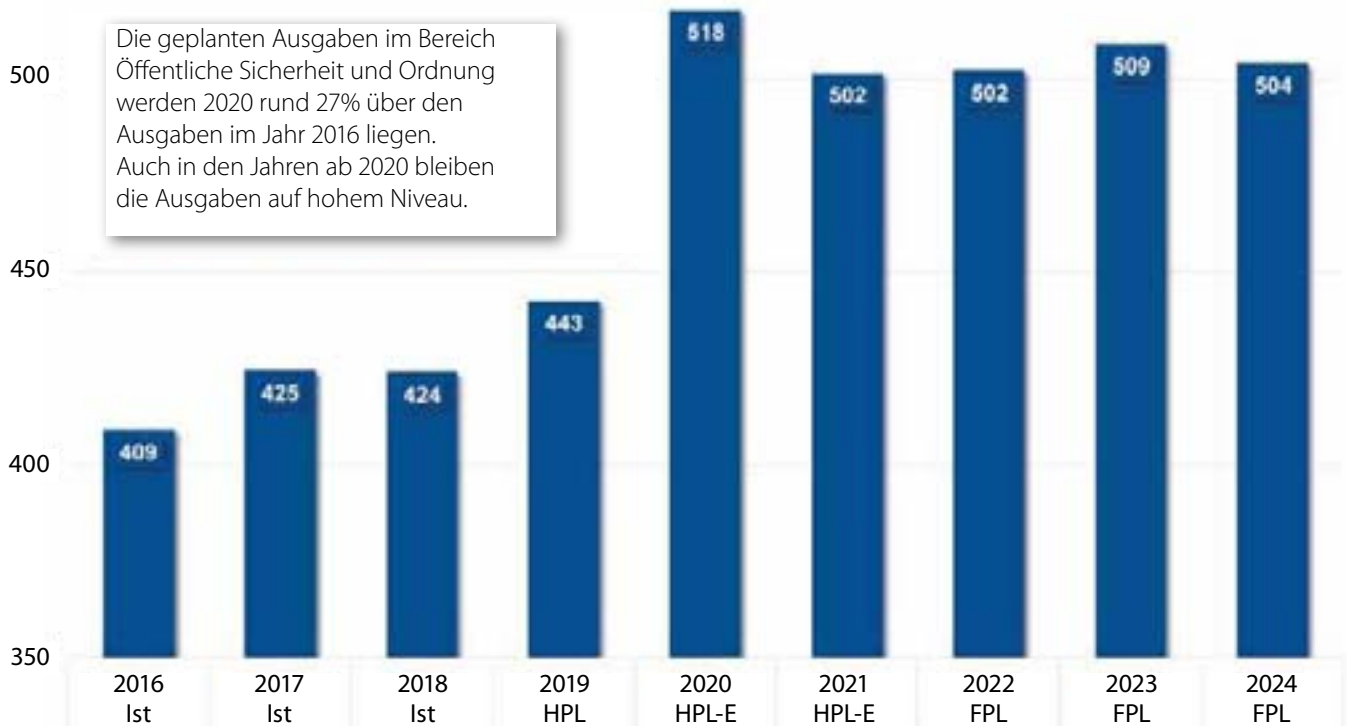
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Teil des Titels der Aussprache lautet „mehr Polizisten“ [...].

„ Der Zuwachs an Polizeistellen ist natürlich richtig, aber eben kein großer Erfolg, sondern eine dringend notwendige Fehlerkorrektur. “

Der Zuwachs an Polizeistellen ist natürlich richtig, aber eben kein großer Erfolg, sondern eine dringend notwendige Fehlerkorrektur. Besonders wichtig ist natürlich [...] die Zahl der Polizeivollzugsbeamten, die letztlich die Arbeit auf der Straße leisten. [...] Wir hatten 2006 noch 5.595 Polizeivollzugsbeamte [...] und das ging dann runter 2017 bis 5.057. Nicht nur die Planstellen wurden also immer weiter reduziert, sondern auch die tatsächlich besetzten Stellen wurden immer weniger. [...] Wir brauchen eine starke Polizei für den Schutz und die Sicherheit unserer Bürger.

wieder Mitglied der AfD-Fraktion. Christel Weißig sitzt jetzt als fraktionslose Abgeordnete im Landtag. Dr. Matthias Manthei und Bernhard Wildt waren ursprünglich für die AfD ins Parlament gewählt worden. 2017 traten sie gemeinsam mit Ralf Borschke und Christel Weißig aus der Fraktion aus und gründeten die Fraktion „Bürger für Mecklenburg-Vorpommern“, die sich später mit den Freien Wählern zusammenschloss. Mit der Auflösung der Freien Wähler/BMV gehören dem Landtag jetzt vier Fraktionen und zwei fraktionslose Abgeordnete an.

Schwerpunkt Öffentliche Sicherheit und Ordnung (in Mio. Euro)



Quelle: Finanzministerium M-V, Schwerin, Juli 2019

Schlagabtausch zum Haushalt

Landesregierung stellt Etatentwurf für 2020/21 im Landtag vor

■ Solide aufgestellt oder auf Kante genäht? Zweieinhalb Stunden lang haben die Abgeordneten einen hitzigen Schlagabtausch über den Haushalt für die kommenden beiden Jahre geführt. Den Etatentwurf, den die Landesregierung vorgelegt und im September zur Ersten Lesung in den Landtag eingebracht hat, sieht Rekordausgaben vor. Im kommenden Jahr sind es 9,4 Milliarden Euro. 2021 sollen es knapp 9,1 Milliarden sein. Das sind zusammengenommen rund 2,3 Milliarden Euro mehr als in den beiden Vorjahren. Getragen wird der Entwurf von drei Säulen. Keine neuen Schulden machen. Bestehende Schulden abbauen. Investieren. Profitieren sollen davon zum Beispiel Schulen, Lehrer, Polizisten, Feuerwehren, Kommunen, Familien, Wirtschaft und der digitale Wandel. Die Opposition begrüßte viele der Vorhaben, kritisierte aber, dass die Rechnung mit einem tiefen Griff in die Rücklagen beglichen werden soll.

Künftigen Generationen keine neuen Schulden hinterlassen und trotzdem investieren – „das ist die Handschrift dieses Haushalts“, unterstrich Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** in ihrer Einbringungsrede. „Allein im nächsten Jahr wollen wir mehr als 1,7 Milliarden Euro in die Zukunft unseres Landes investieren.“ Und das, obwohl 2020 der Solidarpakt II auslaufe und dem Land

dadurch gut 1,1 Milliarden Euro weniger zur Verfügung stünden als 2005. „Wir können unsere Zukunft aus eigener Kraft gestalten.“ Die solide und mitunter auch harte Finanzpolitik der vergangenen Jahre habe Spielräume für Investitionen eröffnet. „Mit diesem Haushalt werden wir Rekordinvestitionen tätigen.“ In Straßen und Häfen, digitale Infrastruktur, Polizisten und Feuerwehren, in eine bes-

sere Finanzausstattung der Kommunen, in neue Schulen und Lehrer, zählte sie beispielhaft auf. Gleichzeitig wappne sich das Land aber auch für schlechtere Zeiten. „Die Konjunkturrücklage steigt mit dem neuen Haushalt von 400 auf 500 Millionen Euro an.“

Solide Finanzpolitik? Davon könne im neuen Haushalt keine Rede sein, entgegnete **Dr. Gunter Jess** (AfD). Diesen „tüchtigen Schluck aus der Pulle“ könne sich das Land nur genehmigen, weil es tief in die allgemeine Ausgleichsrücklage eingreife. Schuldenabbau sei in diesem Doppelhaushalt gar nicht vorgesehen – obwohl der Schuldenberg noch annähernd 9,4 Milliarden Euro schwer sei. Risiken wie konjunkturelle Flauten, Einwohnerverluste, rückläufige Förderungen oder Zinssteigerungen seien ebenfalls nicht hinreichend berücksichtigt. Stattdessen würden gleich fünf neue Sondervermögen errichtet und damit dem künftigen Einfluss des Parlaments entzogen. Die Landesregierung erkenne scheinbar selbst, wie sehr „auf Kante gestrickt“ der Entwurf sei. „Dieser Haushalt konterkariert das Handeln der Finanz-

minister der letzten 15 Jahre.“ Die strategische Ausrichtung des Haushalts teile seine Fraktion in vielen Punkten. „Beim Pakt für Sicherheit übertrifft die Landesregierung fast unsere Erwartungen.“

Egbert Liskow (CDU) blickte „mit einem lachenden und einem weinenden Auge“ auf den Haushaltsentwurf. Er begrüßte die hohen Ausgaben als „wesentliche Investitionen in die Zukunft“, hätte sich jedoch auch einen Sicherheitsabschlag gewünscht. „Das hat uns in den letzten Jahren immer eine gewisse Sicherheit gegeben.“ „Wir greifen auch verhältnismäßig stark in die Sicherheitsrücklage.“ Diese Mittel müssten natürlich auch abfließen. Redebedarf sehe er außerdem in Bezug auf „Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit“ und inwieweit in einigen Punkten die Rechte des Parlaments eingeschränkt werden. „Im Großen und Ganzen ist dieser Haushaltsentwurf aber die Politik, die wir uns für die Investitionen, für die Zukunftsfähigkeit des Landes wünschen.“ Nichtsdestotrotz werde seine Fraktion dem Entwurf in den Ausschussberatungen hier und da aber noch mal einen eigenen Stempel aufdrücken, kündigte er an.

Simone Oldenburg, Fraktionschefin DIE LINKE, machte der Haushaltsentwurf den Eindruck von „Sommerabschlussverkauf“. Mehr Geld für Kulturschaffende, Opferambulanzen, Fernradwege, Grundschullehrer und das öffentliche Gesundheitswesen, Fahrtkostenzuschüsse für Lehramtsstudierende – in den Plänen steckten viele „positive Entscheidungen“. Vor allem aber Entscheidungen, die ihre Fraktion seit Jahren immer wieder eingefordert habe, von den Koalitionsfraktionen jedoch stets kleingeredet worden seien. „Ständig musste das Totschlagargument herhalten, die Rücklage ist nur einmal da und kann nicht für laufende Kosten herhalten.“ Jetzt greife die Landesregierung selbst kräftig in diese Kasse. Das sei keine Meisterleistung, sondern dem Druck einer unzufriedenen Bevölkerung, dem Druck der Opposition und dem Druck der bevorstehenden Wahlen geschuldet, argumentierte sie.

„Wir haben einen Rekordhaushalt vor uns liegen“, hob **Tilo Gundlack** (SPD) hervor. Mit einem geplanten Volumen

von gut neun Milliarden Euro erreichten die Einnahmen und Ausgaben eine noch nie da gewesene Höhe. Gelder, mit denen die Zukunft des Landes aus eigener Kraft gestaltet werde – ohne dabei neue Schulden zu machen. „Das ist nach Auslaufen der Solidarpaktmittel ein markanter Punkt. Ab sofort müssen wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln noch sachgerechter umgehen.“ Die höheren Einnahmen speisten sich aus höheren Steuereinnahmen und Zuweisungen des Bundes, den neu geordneten Bund-Länder-Beziehungen, Geldern aus Sondervermögen und dem Verzicht auf einen Sicherheitsabschlag. Der Anstieg bei den Ausgaben ergebe sich aus den politischen Schwerpunkten der Koalition wie die kostenfreie Kita, Investitionen in Digitalisierung, Sicherheit und Ordnung und die eigenfinanzierte Investitionsquote von 9,2 Prozent.

Bernhard Wildt, Fraktionschef Freie Wähler/BMV, ging beim Blick auf die Ausgaben „die rote Warnlampe an“. Würden die Einnahmen in gleicher Höhe steigen, wäre alles in Ordnung. Durch den Verzicht auf den jährlichen Sicherheitsabschlag in Höhe von 200 Millionen Euro und den Rückgriff auf die allgemeine Ausgleichsrücklage ergebe sich für die mittelfristige Planung bis 2024 eine Lücke von 1,8 Milliarden Euro. Wirtschaftliche Risiken seien ebenfalls unberücksichtigt geblieben. Er forderte deshalb, die mittelfristige Planung um mindestens ein Jahr zu verlängern. „Das ist sozusagen der Lackmestest oder die Nagelprobe: Schafft es die Landesregierung, auch ohne Rückgriff auf die Spardose einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen?“ Er bezweifelte, dass die hohen Investitionen tatsächlich stattfinden werden. „Wir alle kennen die Umsetzungsschwierigkeiten der Landesregierung.“

Ja, es könne sein, dass einige Haushalts-titel nicht in den ersten beiden Jahren abfließen werden, räumte Finanzminister **Reinhard Meyer** ein. Diese könnten dann über einen längeren Zeitraum gezogen werden. „Wenn heute eine Gemeinde schon weiß, dass sie im Jahre 2024 – und dafür sorgt eine gemeinsame interministerielle Arbeitsgruppe – Planungssicherheit hat, entsprechende Investitionen umzusetzen, dann wird das für diese Gemeinde ganz, ganz

wichtig sein“, erläuterte er am Beispiel von Schulbausanierungen. Von einer Alles-muss-raus-Mentalität könne keine Rede sein. „Das Ganze ist solide finanziert.“ Dazu gehörten auch Sicherheiten wie das 500 Millionen schwere Sondervermögen „Konjunkturausgleichsrücklage“. Die Ausgleichsrücklage bleibe trotz aller Entnahmen ebenfalls bei 500 Millionen Euro stehen. Hinzu kämen weitere Sicherheiten wie Bürgschaftsrücklagen. Zusammen mache das mehr als eine Milliarde Euro.

Der Haushaltsentwurf wurde nach der Ersten Lesung einstimmig zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Weitere Informationen gibt es auf der Internetseite des Finanzministeriums www.regierung-mv.de/Landesregierung/fm unter dem Menüpunkt „Haushalt“.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/3899*

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/3900 (neu)*

*Unterrichtung Landesregierung
Drucksache 7/3898*

Der Haushalt

Die Landesregierung erstellt alle zwei Jahre einen Haushaltsplan, den sogenannten Doppelhaushalt, der vom Landtag als Gesetz beschlossen werden muss. Darin wird aufgelistet, welche Einnahmen das Land in den kommenden beiden Jahren erwartet und wofür Geld ausgegeben werden soll. Die ersten Vorbereitungen dafür beginnen gut ein Jahr vorher. In den Zahlen, die die Landesregierung im September in den Landtag einbringt, spiegeln sich ihre politischen Schwerpunkte wider. Der Haushalt ist sozusagen in Zahlen gegossene Politik. In der Ersten Lesung findet eine Generaldebatte dazu statt. Im Anschluss wird der Entwurf ausführlich in den Ausschüssen diskutiert und in der Regel auch noch in einigen Punkten geändert. Im Dezember wird er zusammen mit der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in Zweiter Lesung beraten und als Gesetz verabschiedet.

Kostenlose Kita kommt

Landtag beschließt
Beitragsfreiheit ab 2020

■ Die einen sprachen von der größten Familienentlastung und Lohnerhöhung in M-V, die anderen von Wahltaktik und halbgaaren Finanzierungen: Drei Stunden lang lieferten sich die Abgeordneten eine hitzige Debatte zur beitragsfreien Kinderbetreuung. Dann war es mit den Stimmen von SPD, CDU und Freie Wähler/BMV beschlossene Sache: Von Januar 2020 an müssen Eltern für die Betreuung ihrer Kinder in Kitas, bei der Tagesmutter und im Hort kein Geld mehr bezahlen. Mit dem neuen Kita-Gesetz übernimmt das Land – unterstützt durch Gelder vom Bund – die Elternbeiträge in Höhe von jährlich 145 Millionen Euro. Den Oppositionsfraktionen AfD und DIE LINKE ging das nicht weit genug. Sie mahnten wiederholt an, die Qualität der Betreuung nicht zu vernachlässigen.

„Der Sozialausschuss hat den Gesetzentwurf in drei Sitzungen sowie zwei Anhörungen beraten“, erläuterte der Ausschussvorsitzende, **Torsten Koplin** (DIE LINKE). Alle Anzuhörenden hätten die Beitragsfreiheit und das neue Finanzierungssystem begrüßt, unisono aber auch Verbesserungen für die pädagogische Qualität der Betreuung angemahnt, insbesondere bei der Fachkraft-Kind-Relation. Horte zur Hausaufgabenkontrolle zu verpflichten, sei überwiegend abgelehnt worden. Dazu fehle den Erzieherinnen und Erziehern ein fundiertes Wissen über Lerninhalte und methodische Vermittlungen, fasste Torsten Koplin die vorgebrachten Argumente zusammen. Die Beratungen im Ausschuss hätten deutlich gemacht, dass Verbesserungen in der Kinderbetreuung weiter ein Thema bleiben müssten.

„Das ist heute ein ganz besonderer Tag für unser Land“, verkündete Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig**. Mit der vollständigen Abschaffung der El-



Foto: Cornelius Kettler

Der Besuch der Kita ist ab 2020 kostenfrei für die Eltern.

ternbeiträge für Krippe, Kindergarten, Tagespflege und Hort nehme M-V eine Vorreiterrolle in ganz Deutschland ein. „So eine umfangreiche Gebührenfreiheit hat niemand.“ Ihren Angaben zufolge profitierten von der größten Familienentlastung in der Geschichte des Landes 110.000 Kinder. „Das ist möglich, weil wir in den letzten Jahren solide gehaushaltet haben“ und auch der Bund über das Kita-Gesetz Gelder bereitstelle. Das Land habe lange am Ziel der beitragsfreien Kita gearbeitet, in jeder Legislatur die Kindertagesbetreuung verbessert. „Heute sind wir am Ziel.“ In der Konsequenz werde damit auch der Weg frei, Erzieher besser zu bezahlen. Bislang hätten Tarifsteigerungen stets zu Mehrkosten für Eltern geführt. „Damit haben die Elternbeiträge indirekt eine bessere Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern blockiert.“

„Ich bin stolz und dankbar, dass wir heute einen der wichtigsten Gesetzentwürfe dieser Legislaturperiode beschließen können“, sagte Sozialministerin **Stefanie Drese**. Damit werde die Vision, frühkindliche Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu ermöglichen, Realität. „Das ist soziale Gerechtigkeit, wie ich sie mir vorstelle.“ Mehr als ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten in M-V erhielten monatlich weniger als 2200 Euro. „Ich freue mich riesig, dass gerade diese Gruppe die Elternbeitragsbefreiung so massiv spürt.“ Vorwürfe, die Kosten würden auf die Kommunen abgewälzt, wies sie zurück. „Das ist Quatsch!“ Das Land

werde die Kosten nach tatsächlichem Aufwand abrechnen – unter der Maßgabe: 54,5 Prozent zahlt das Land, 32 Prozent übernehmen die Gemeinden und 13,5 Prozent die Landkreise. Auch bei der Qualität der Betreuung werde nicht gespart: Hier stünden zusätzlich fast sieben Millionen Euro bereit. „Mehr geht natürlich immer; vor allem, wenn man nicht in der Verantwortung steht, es zu bezahlen.“

Kostenfreie Kita, ja! Aber nicht zulasten von Qualität und Erziehern, fasste **Thomas de Jesus Fernandes** die Position der AfD zusammen. Er warf der Landesregierung vor, das Kita-Gesetz des Bundes zu missbrauchen. Von den elf darin verankerten Punkten werde gerade einmal einer umgesetzt. Handlungsfelder wie bedarfsgerechte Angebote, gute Betreuungsschlüssel, qualifizierte Fachkräfte oder vielfältige pädagogische Arbeit blieben hingegen unberücksichtigt. Für Erzieher, die seit Jahrzehnten auf bessere Bedingungen hofften, sei das ein Schlag ins Gesicht. Er bezeichnete den Gesetzentwurf als „halbgaares Stückwerk“, dessen Finanzierung über 2022 hinaus nicht gesichert sei. Er forderte von der Landesregierung, mindestens 60 Prozent der Kosten zu übernehmen, mehr Geld in Personal zu investieren, Auszubildende nicht auf den Fachkraft-Kind-Schlüssel anzurechnen und im Hort eine verpflichtende Hausaufgabenbetreuung einzuführen. Andernfalls könne seine Fraktion dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

„Mecklenburg-Vorpommern ist ein familienfreundliches Bundesland. Das können wir nach dieser Landtags-sitzung mit einer Bestimmtheit sagen, die keinen Zweifel lässt“, führte **Maika Friemann-Jennert** (CDU) an. Es habe lange gedauert, aber nun lasse die wirtschaftliche Entwicklung eine sozialpolitische Entscheidung zu, die für den Kern der Gesellschaft eine große Entlastung darstelle: bei einem Ganztagsplatz in der Krippe jährlich im Schnitt 1704 Euro im Jahr, im Kindergarten 1320 Euro und im Hort 1080 Euro. „Ich hoffe sehr, dass das künftig auch entsprechend wertgeschätzt wird.“ Mehr Geld für Musikurse, Nachhilfe, Sport oder einen Familienurlaub im Portemonnaie zu haben, sei eine der besten Maßnahmen gegen Kinderarmut. Selbst wenn die Opposition immer wieder anderes behauptete: Es werde auch in mehr Qualität investiert. Jetzt kämen sogar noch einmal 1,795 Millionen Euro dazu, um das Fachkraft-Kind-Verhältnis und die mittelbare pädagogische Arbeit besser auszufinanzieren. „So lange wir aber nicht genügend Erzieherinnen und Erzieher haben, können wir den Schlüssel nicht signifikant absenken.“

Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE) betonte, dass ihre Fraktion grundsätzlich hinter einer beitragsfreien Kita stehe. Das dürfe aber nicht auf Kosten von Erziehern oder Kommunen gehen. Sie warf der Landesregierung vor, die Landesmittel schön gerechnet zu haben. „Aus unserer Sicht ist das ein Skandal: Sie schimpfen auf die Wirtschaft, wenn es um Löhne geht und setzen selbst Löhne unterm Tarifvertrag an.“ Zudem seien die Gelder aus dem Kita-Gesetz nur bis 2022 gesichert. „Das Finanzierungsgerüst ist halbgar und wird uns allen früher oder später auf die Füße fallen.“ Der Städte- und Gemeindetag rechne bereits mit millionenschweren Mehrkosten für Kommunen. „So wird die größte Elternentlastung zur größten kommunalen Belastung.“ Vor allem aber hätte es mehr Investitionen in Qualität gebraucht, insbesondere in Personal. Wer hier nicht nachsteuere, dem werde am Ende nichts anderes übrigbleiben, als das Fachkräfteangebot in den Kitas immer weiter aufzuweichen. „Wir schlagen deshalb eine stufenweise Verbesserung des Personalschlüssels vor.“

„Die Kostenfreiheit von Kita, Krippe, Tagespflege und Hort einzuführen, ist ein Wunsch, den viele Menschen in M-V haben“, erwiderte der Fraktionsvorsitzende der SPD, Thomas Krüger. Nicht nur Familien, auch die Kommunen profitierten von dem neuen Gesetz. „Wir entbürokratisieren das Kita-System und schaffen Planungssicherheit in den Gemeinden.“ Denn künftig koste die Betreuung eines Kindes jede Gemeinde gleich viel Geld. Die Forderungen nach einer weiteren Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels nehme seine Fraktion ernst, seien mit der derzeitigen Personaldecke aber nicht erfüllbar. In dieser Legislaturperiode stehe die Entlastung der Eltern im Vordergrund. „Wer hier allen alles verspricht, wird sagen müssen, wie er das organisieren und vor allem finanzieren will. Davon habe ich bislang nichts gehört.“ Sorgen über die Finanzierung der Beitragsfreiheit halte er für unbegründet. „Einmal Kostenfreiheit heißt immer Kostenfreiheit. Wir gehen davon aus, dass der Bund weiter zahlen wird. Da gibt es Signale.“

„Qualität vor Quantität“ – diesem Credo folge auch ihre Fraktion, unterstrich **Christel Weißig** (Freie Wähler/BMV). Für Eltern komme es darauf an, ihre Kinder gut betreut zu wissen. „Um das zu gewährleisten, braucht es ein auskömmliches Fachkraft-Kind-Verhältnis und eine

Stärkung der pädagogischen Arbeit.“ Hier gingen der Gesetzentwurf und die kurzfristig eingebrachten Verbesserungsvorschläge der Koalitionsfraktionen in die richtige Richtung. „Sie unterstützen die Forderungen der Eltern und unserer Fraktion.“ Das Ende der Fahnenstange sei dabei aber längst nicht erreicht. Das Land brauche unbedingt eine Fachkräfteoffensive. Ihre Fraktion werde bei aller Zustimmung weiterhin ein Auge darauf haben, dass die Regierung die Qualität der Betreuung weiter verbessere. Unklar sei für sie, warum auch Millionäre von den Beiträgen befreit werden sollen. „Der Gerechtigkeit wegen müsste man da doch einen kleinen Unterschied machen“ – auch wenn das mehr Verwaltungsaufwand nach sich ziehen würde.

In der Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf enthielt sich die AfD der Stimme, DIE LINKE lehnte ihn ab.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/3393*

*Beschlussempfehlung Sozialausschuss
Drucksache 7/4092*

*Änderungsantrag SPD/CDU-Koalition
Drucksache 7/4105*

Änderungsanträge AfD

Drucksachen 7/4108 bis 4115

*Änderungsanträge DIE LINKE
Drucksachen 7/4116 und 4120*

Infokasten

In der Debatte zum neuen KiföG stand die Beitragsfreiheit besonders im öffentlichen Blickpunkt. Die Gesetzesnovelle sieht darüber hinaus weitere Anpassungen vor.

Ein beispielhafter Überblick:

- Die prozentuale Beteiligung des Landes an den Betreuungskosten steigt von 43,43 auf 54,5 Prozent. Gemeinden übernehmen für jedes bei ihnen gemeldete Kind eine landesweit einheitlich kalkulierte Pauschale. 2020 beträgt diese monatlich 149,33 Euro, im Jahr darauf 152,76 Euro. Danach wird sie per Erlass jährlich angepasst.
- Von einer verpflichtenden Hausaufgabenbetreuung inklusive inhaltlicher Kontrolle ist der Entwurf im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens abgerückt.

- Für Tagesmütter und -väter wird eine Grundqualifizierung von mindestens 300 Stunden verankert.

- Erzieher, die Auszubildende auf ihrem Weg zu staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern für 0- bis 10-Jährige als Mentoren begleiten, erhalten für den ersten Azubi monatlich eine Vergütung in Höhe von 150 Euro, für jeden weiteren 50 Euro.

- Die Rechte von Eltern werden verbindlich gestärkt.

- Der Landesrechnungshof erhält die Möglichkeit, zu überprüfen, ob die vereinbarten Leistungen, Entgelte und Qualitätsentwicklungen eingehalten werden.

Vor der Schule erst einmal Deutsch lernen

AfD fordert verpflichtende Vorkurse für Kinder mit Migrationshintergrund

■ Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen sollen nach Vorstellung der AfD-Fraktion erst dann eine allgemeinbildende Schule besuchen, wenn sie einen Sprachkurs bestanden haben. Mitten in den laufenden Beratungen über die große Schulgesetznovelle der Landesregierung hat sie dem Landtag einen eigenen Schulgesetzentwurf vorgelegt. Die AfD sprach von einer gut gemeinten Förderung, Redner der anderen Fraktionen von einer „menschenunwürdigen Haltung“. Denn: Die Forderung beziehe sich ausschließlich auf Kinder nicht deutschsprachiger Herkunft.

„Wir haben hier einen Gesetzentwurf vorgelegt, bei dem es um ein drängendes Problem geht“, so **Prof. Dr. Ralph Weber** (AfD). „Ich glaube, dass man damit im wohl verstandenen Interesse der Kinder handelt.“ Wer ohne hinreichende Deutschkenntnisse eingeschult werde, könne dem Unterricht nicht sinnvoll folgen und behindere unter Umständen den Lernimpuls der anderen Kinder. Sich sprachlich verständigen zu können, fördere die Integration und entlaste Lehrer wie Mitschüler. Da nicht klar sei, ob die Schulgesetznovelle der Landesregierung bis zum kommenden Schuljahr verabschiedet werde, habe sich seine Fraktion für einen eigenen Gesetzentwurf entschieden.

„Was Sie da fordern, atmet einen unguuten Geist“, entgegnete Bildungsministerin **Bettina Martin**. Das Beste, was man für den Spracherwerb von Kindern tun könne, sei, sie mit anderen Kindern zusammenzubringen. Die Behauptung, dass es immer mehr Kinder mit unzulänglichen Sprachkenntnissen gebe, entspreche nicht der Realität. 2014 hätten knapp 2000 Schüler mit Migrationshintergrund einen sprachlichen Förderbedarf gehabt. „Diese Zahl kletterte in den Jahren 2015 und 2016 auf beinahe 5000. Zum Ende des Schuljahres 2018/19 lag sie wieder bei rund 2000.“ Den vermeintlichen Förderbedarf – wie im Gesetzentwurf geschehen – mit einer „überdurchschnittlichen Fertilitätsrate“ bei Frauen mit Migrationshintergrund zu begründen, bezeichnete sie als diskriminierend und frauenfeindlich.

Wenn es der AfD wirklich um eine Verbesserung der Unterrichtssituation gehen würde, hätte sie über Probleme wie Unterrichtsausfall, Lehrermangel oder Schulabbrecher sprechen müssen, meinte **Simone Oldenburg**, Fraktionschefin DIE LINKE. Stattdessen habe sie nach der Steilvorlage von CDU-Bundestagsabgeordneten Christian Linnemann offenbar endlich mal wieder eine Möglichkeit gesehen, gegen Ausländer und Geflüchtete zu hetzen. So deutlich wie mit dem Gesetzentwurf offenbare die AfD nicht immer ihre „menschenunwürdige“ Haltung. Zum Abschluss zitierte Simone Oldenburg aus Landtagsreden von AfD-Abgeordneten sprachlich unvollständige oder nicht korrekte Passagen. „Und Sie wollen Deutschkurse für Ausländer?“

Marc Reinhardt (CDU) erinnerte daran, dass der Bildungsausschuss bereits über ein neues Schulgesetz berate. Anstatt einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, hätte die AfD einfach einen Änderungsantrag in die Ausschussdebatte einbringen können. „Es geht Ihnen am Ende nur darum, dass Ihnen das Migrationsthema ein bisschen abhanden gekommen ist. Sie merken, dass Ihnen der Boden unter den Füßen wegquillt und deshalb wollen Sie das mit so einer blinden Nummer wieder aufbegehren.“ Konkrete Vorschläge zur Umsetzung ihres Antrags bleibe die AfD jedoch schuldig. „Da haben Sie wirklich ein großes Werk vollbracht“, ironisierte Marc Reinhardt. „Ich würde dazu sagen: Sechs, setzen!“



Foto: Jens Büttner

Schule für alle – wie kann das gelingen?

Parallel zur laufenden Schulgesetznovelle einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen, bringe keine zeitlichen Vorteile, unterstrich **Andreas Butzki** (SPD). „Ihr Gesetzentwurf ist genauso wertvoll wie ein Sandkasten in der Wüste“ und lasse für ihn nur einen Schluss zu: „Es geht Ihnen gar nicht um die Bildung, sondern um Polemik und das Flüchtlingsthema.“ Natürlich stellten Kinder mit mangelnden Sprachkenntnissen Schulen vor große Aufgaben. „Aber auch Schüler aus M-V stellen Schulen vor große Herausforderungen.“ Jedes Kind habe ein verbrieftes UN-Recht: Es darf zur Schule gehen. „Das setzen wir selbstverständlich auch um.“

Sich über Formulierungen anderer Abgeordnete lustig zu machen – das sei menschenverachtend, konterte **Prof. Dr. Ralph Weber** (AfD). „Sie können Gift darauf nehmen: Das werden wir jetzt auch machen. Wir werden jeden Ihrer Redebeiträge auf sprachliche Korrektheit überprüfen“, wandte er sich an DIE LINKE. Wirklich Neues habe er der Debatte nicht entnehmen können. Wenn von rund 13.000 Schulanfängern 2000 Kinder, also gut 15 Prozent, unzulängliche Sprachkenntnisse haben, sei das sehr wohl ein Kontingent über das man reden sollte. Bei Frauen mit Migrationshintergrund von einer überdurchschnittlichen Fertilitätsrate zu sprechen, halte er weder für diskriminierend noch frauenfeindlich. „Es ist schlichtweg die Realität.“

SPD, CDU und DIE LINKE stimmten dagegen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung in die Ausschüsse zu überweisen. Damit wird er spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.

*Gesetzentwurf AfD
Drucksache 7/4014*

Cannabis bleibt illegal

Landtag lehnt Freigabe-Vorstoß der Linken ab

■ Kanada, Peru, Kalifornien, Alaska, Südafrika, Uruguay – was in Staaten wie diesen gang und gäbe ist, soll nach dem Willen der Landtagsfraktion DIE LINKE auch in Deutschland gelten: Wer zum Privatvergnügen kiff, wird nicht bestraft. Sie schlug vor, aus M-V eine Modellregion zu machen, in der Cannabis, begleitet von einer großen Aufklärungskampagne, kontrolliert an Erwachsene freigegeben wird. Die Linksfraktion verspricht sich von einem entkriminalisierten und legalen Cannabis-Konsum letztlich auch mehr Jugendschutz. Die Mehrheit des Landtags sieht das anders.

Foto: Jens Büttner



Cannabis ist ein Hanfgewächs.

„Drogen sind eine Alltagserscheinung. Sie gehören zur Menschheitsgeschichte wie die Nässe zum Regen“, argumentierte **Torsten Koplin** (DIE LINKE) unter Verweis auf rund 3,9 Millionen Cannabis-Konsumenten in Deutschland. An einem Verbot festzuhalten, gehe an der Lebensrealität vorbei. Eine vernünftige Drogenpolitik sollte auf Aufklärung und Prävention statt Strafverfolgung setzen. Cannabis legal und kontrolliert abzugeben, trockne den Schwarzmarkt aus, minimiere gesundheitliche Risiken und entlaste Polizei und Justiz. Auch der Jugendschutz würde profitieren, so Koplin. „Dealer fragen nicht nach dem Ausweis. Staatlich lizenzierte Stellen schon.“ In Cannabis eine Einstiegsdroge für härtere Substanzen zu sehen, sei eine veraltete und wissenschaftlich widerlegte Sichtweise. Er forderte, die Sucht- und Drogenberatungsstellen im Land personell und finanziell zu stärken.

„Die Repression kostet uns jährlich 35 Millionen Euro.“ Für Suchthilfe und Prävention stelle das Land indes nicht einmal zwei Millionen Euro bereit.

„Ich kann Ihr Ansinnen nicht ansatzweise nachvollziehen“, entgegnete Innenminister **Lorenz Caffier**. „Cannabis macht abhängig. Punkt!“ Er warnte davor, Konsumenten als „kulturelle Avantgarde“ zu verstehen und gesundheitliche Folgen wie paranoide Störungen zu verharmlosen. Der THC-Gehalt (Tetrahydrocannabinol = psychoaktive Substanz) in Haschisch und Marihuana habe sich seit Mitte der 1990er-Jahre nahezu verdreifacht. Allein in M-V hätten sich 2018 mehr als 1000 Menschen im Zusammenhang mit Cannabinoiden bei Sucht- und Drogenberatungsstellen Hilfe gesucht. „Über die Dunkelziffer reden wir gar nicht.“ Anzunehmen, dass eine Legalisierung für Erwachsene Jugendlichen den Zugang zu Cannabis erschwere, bezeichnete er als Milchmädchenrechnung. Das Argument, Alkohol sei ebenfalls schädlich, aber legal, halte er auch nicht für hilfreich. Wenn in Deutschland jährlich mehr als 70.000 Menschen durch Alkoholmissbrauch und 120.000 an den Folgen von Tabakkonsum sterben, „dann kann die Antwort auf Probleme, die wir bereits mit legalen Drogen haben, doch nicht sein, dass wir andere Drogen noch zusätzlich legalisieren“.

„Die Linkspartei wäre nicht die Linkspartei, wenn nicht permanent der Ruf nach Legalisierung irgendwelcher Drogen laut werden würde“, so **Dirk Lerche** (AfD). „Religion ist Opium fürs Volk“ habe Karl Marx einmal gesagt. Bei den Linken

scheint dagegen „Opium, die neue Religion fürs Volk“ zu sein. „Wir von der AfD wollen keine Kiffer!“ Auch keine Coffeeshops, Verkaufsstellen oder Cannabis-Clubs. Das sei auch eine Frage der Kultur. „Wir wollen nicht, dass junge Studentinnen ihr Bafög verkiffen. Wir wollen nicht, dass unsere Azubis benebelt in Coffeeshops oder Cannabis-Clubs rumlungern.“ Seiner Meinung nach gehöre „dieses Verliererkraut ins Abseits, in die Hip-Hop- und Reggae-Subkultur“. Unter dem Deckmantel des Jugendschutzes eine neue Kiffergeneration zu schaffen, sei mit seiner Fraktion nicht machbar. Im Gegenteil: „Wir fordern eine noch restriktivere Drogenpolitik.“

„Wir stehen gegen jegliche Art von Sucht. Wir stehen gegen jegliche Art von Abhängigkeit. Und wir stehen gegen jegliche Art von Schädigung der Gesundheit“, stellte **Julian Barlen** für die SPD-Fraktion klar. Die Diskussion im Duktus von „Kifferparadies versus Law-and-Order-Staat“ zu führen, sei engstirnig. Er plädierte für einen ganzheitlichen Ansatz. Mit frühzeitiger Aufklärung, Investitionen in konkrete Hilfsangebote und einem konsequenten Vorgehen gegen Handel und Missbrauch von Drogen. „Da gibt es in unseren Augen kein Entweder-Oder von Prävention und Repression.“ M-V befinde sich mit der Diskussion, ob Cannabis legalisiert werden soll, aber nicht in einem luftleeren Raum. „Allein schon, weil die Bundesebene letztlich alle diese Dinge regelt.“ Wenn sich andere Staaten drogenpolitisch neu orientieren, dann nicht um Drogenparadiese zu schaffen, sondern um die Kontrolle über die Verbreitung von Drogen und über Jugendschutz zurückzuerlangen. Ziel müsse sein, kriminelle Händler zurückzudrängen. „Je weniger Menschen mit solchen Kriminellen in Kontakt kommen, desto besser.“

M-V zum „Experimentiergebiet“ für Cannabis-Konsum machen zu wollen, „das ist für unsere Region eine Diskriminierung und Herabwürdigung“, sagte **Christel Weißig** (Freie Wähler/BMV). Im Falle einer Legalisierung auf die Vernunft der Konsumenten zu vertrauen, wäre fatal. Cannabis sei noch lange nicht so auf seine Wirkung erforscht wie Alkohol oder Tabak. „Warum stellen Sie keinen An-

trag, einen Schnellrichter, der die Straftaten ahndet, zu berufen? Das entlastet Polizei und Richter!“ Ihre Fraktion sage ganz laut Nein zu dem Antrag.

Christiane Berg (CDU) bezeichnete die Forderungen der Linken als „rauschhafte Fantasie“. Wer die aktuelle Drogenpolitik als lebensfern bezeichne, rede an der Lebensrealität von über 90 Prozent der Bevölkerung vorbei. Anstatt Cannabis für Genusszwecke zu legalisieren, sollte daran gearbeitet werden, das Angebot zu senken und die Droge aus der Umgebung von Kindern und Jugendlichen zu verbannen. „Ich weiß, das ist ein hehres Ziel.“ Schließlich habe es noch nie eine Gesellschaft gegeben, die ohne eine Form von Drogen existiert habe. „Aber wir stehen dazu: Cannabis ist eine illegale Droge und muss verboten bleiben.“ Eine staatlich lizenzierte Abgabe würde gerade Kinder und Jugendliche nicht vom Schwarzmarkt fernhalten. In M-V einen Modellversuch zu starten, sei nicht nötig. Um Erkenntnisse zu gewin-

nen, reiche ein Blick auf andere Staaten. Dort habe eine Freigabe nicht zu einem Rückgang des Konsums geführt.

Seine Fraktion wolle niemanden süchtig machen, so **Torsten Koplín** (DIE LINKE). „Wir wollen Menschen, ob alt oder jung, stark machen gegen Drogen.“ Das könnten Verbote nicht erreichen. Sie bewirkten nur, dass betroffene Menschen an den Rand gedrängt und isoliert werden. „Kriminalisierung und Abstempelung hilft keinem.“ Aufklärung, Information, Prävention und Mündigkeit – darauf müsse der Fokus liegen. Über eine lizenzierte Abgabe wäre die Qualität der Ware garantiert. Bei Verboten wisse man nichts über den Reinheitsgrad. „Wenn wir das so treiben lassen, gefährden wir die Konsumenten.“ Auf Verlangen der Linken wurde am Ende namentlich über den Antrag abgestimmt. Dabei wurden 55 Stimmen abgegeben: 10 mit Ja, 45 mit Nein.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/4020

Stichwort Cannabis

Cannabis ist ein Hanfgewächs, das in Form von Haschisch oder Marihuana konsumiert wird. Als Marihuana bezeichnet man getrocknete Pflanzenteile wie Blüten und Blätter der weiblichen Hanfpflanze; als Haschisch das gepresste Harz weiblicher Hanfblüten. Die berauschende Wirkung wird durch den Wirkstoff Tetrahydrocannabinol (THC) hervorgerufen. Cannabis ist nach Angaben des Deutschen Hanfverbandes die am häufigsten konsumierte illegale Droge in Deutschland. Besitz, Anbau und Handel sind in Deutschland verboten. Findet die Polizei Cannabisprodukte, muss sie ermitteln. Bei geringen Mengen kann die Staatsanwaltschaft laut Betäubungsmittelgesetz das Verfahren jedoch einstellen. Was „geringe Mengen“ sind, regelt das Gesetz nicht. Das liegt im Ermessen der Bundesländer. Seit März 2017 dürfen Ärzte bei schweren Krankheiten Cannabis in Deutschland auch als Medizin verordnen.

Das Ende einer Tradition in Teterow

Schlachtbetrieb gibt wegen fehlender Wirtschaftlichkeit Schweinestrecke auf

■ In Teterow Schweine zu schlachten, das hatte Tradition. 121 Jahre lang. Jetzt ist damit Schluss: Seit 1. September konzentriert sich der letzte Großschlachthof des Landes nur noch auf Rinder. Der dänische Betreiber begründet den Rückzug aus der Schweineschlachtung mit fehlender Wirtschaftlichkeit. Eine Entscheidung mit weitreichenden Folgen. Und ein Thema, das auch den Landtag mit zwei Anträgen beschäftigte. Die Koalitionsfraktionen forderten die Landesregierung auf, auf der Suche nach einer tragfähigen Alternative alle Fördermöglichkeiten auszuschöpfen und gegebenenfalls Erzeuger zu bündeln. Die Fraktion Freie Wähler/BMV schlug vor, einen neuen Betreiber zeitweise von Abgaben wie Gewerbesteuer oder Wasser- und Abwasserbeiträgen zu befreien und neue Fördergesetze nicht auszuschließen.

Die Entscheidung des Fleischunternehmens Danish Crown treffe die gesamte Wertschöpfungskette, so **Ralf Borschke** (Freie Wähler/BMV). Rund 500.000 Schweine, die jährlich in Teterow geschlachtet würden, müssten nun in andere Regionen gefahren werden. Die Folge: längere Transportwege, mehr Stress für die

Tiere, Zusatzkosten für Erzeuger und erschwerte Vermarktungsbedingungen. Ab einer Streckenlänge von mehr als 200 Kilometern könne das Fleisch nicht mehr mit dem Tierschutzlabel beworben werden. „Auch die hier ansässigen fleischverarbeitenden Betriebe werden finanziell Schaden nehmen.“ Dieser Ent-

wicklung müsse sich die Landesregierung entschieden entgegenstellen. „Generell dürfen auch Gesetzesänderungen nicht ausgeschlossen werden.“

Erneut habe ein einst in Größenordnungen gefördertes Unternehmen eine Entscheidung zu Lasten eines Standortes in M-V getroffen, bedauerte **Holger Kliewe** (CDU). „Gerade vor dem Hintergrund, dass M-V ein agrarisch geprägtes Land ist, sollte die Ernährungswirtschaft im nachgelagerten Bereich präsent sein.“ Das lasse sich jedoch nicht allein mit Fördermitteln richten. Tierhaltung müsse in der Gesellschaft wieder mehr Akzeptanz erfahren. „Verarbeitung, Wertschöpfung und Arbeitsplätze können nur entstehen, wenn die Rinder- und Schweineproduktion auf regionaler Ebene gesteigert wird.“ Für seine Fraktion spiele Tierwohl eine wichtige Rolle. Das habe jedoch seinen Preis – derzeit 42 Euro je Schlachtschwein. „Das ist ein Drittel des Erlöses.“ Er frage sich, wie M-V angesichts solcher Kosten bei der Schweineproduktion wettbewerbsfähig bleiben will. „Wir müssen die Frage beantworten, inwieweit Tierwohl und Umweltschutzanforderungen die Schweineproduktion in andere



Tierhaltung müsse in der Gesellschaft mehr Akzeptanz erfahren, hieß es in der Landtagsdebatte.

Länder der Europäischen Union und des nicht europäischen Auslands verlagert.“

Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** sieht sich von Danish Crown getäuscht. „Ich bin nicht nur traurig, sondern wütend!“ Das Unternehmen habe ihm bei der Betriebsübernahme zugesichert, den Standort als kombinierten Schlachthof zu erhalten. Er habe inzwischen viele Gespräche geführt, in der Hoffnung, die Schweineschlachtstätte über ein Pachtverfahren erhalten zu können. Fleischerhandwerk, Bauernverband und verarbeitende Unternehmen hätten jedoch kein schlüssiges Konzept vorgelegt. „Wir sind jetzt dabei, mit Initiativen, die sich im Land bündeln, nach weiteren Lösungen zu suchen.“ Dazu gehörten auch Ideen für genossenschaftliche Modelle mit mehreren kleineren Schlachtstandorten oder eine spezialisierte Schlachtstrecke für beide Landesteile. Das Land stehe im Falle eines tragfähigen Konzepts mit Bürgschaften und Fördermitteln bereit, betonte Backhaus.

Dr. Wolfgang Weiß (DIE LINKE) sprach von einer Negativspirale, die auch vor regionalen Fleisch- und Wurstwarenherstellern und Zuchtbetrieben nicht Halt machen werde. „Wenn das verloren geht, ist das ein Kulturverlust.“ Jetzt komme es darauf an, kleinere Schweineproduzenten, ökologische Erzeuger und regionale Veredler nicht im Regen stehen zu lassen. „Wir sind dafür, dass wir in unserem Land das, was hier gegessen wird, auch hier produzieren und umgekehrt.“ Gesetzliche Rahmenbedingungen zu

ändern oder gar Tierschutz- und Umweltstandards aufzuweichen, komme für seine Fraktion nicht infrage. Nicht zuletzt zweifelte er an der Glaubwürdigkeit von Danish Crown.

Nach Ansicht von **Jürgen Stroschein** (AfD) würden die Kapazitäten im Osten Deutschlands bewusst zurückgefahren, um Standorte im Westen Deutschlands zu erhalten. Dem müsse Einhalt geboten werden. Die Agrarförderungsstrukturen der EU seien dabei aber keine Hilfe. Im internationalen Vergleich seien deutsche Betriebe nicht konkurrenzfähig, auch deshalb, weil immer neue Verordnungen erlassen würden, die die Arbeit der Landwirte erschwerten. „Sowohl Übersee als auch Osteuropa sind billiger.“ Nach konkreten Vorschlägen für M-V gefragt, sprach auch er sich für eine – gegebenenfalls subventionierte – Streuung kleinerer Standorte aus.

Hintergrund

Der Schweinebestand in M-V ist nach Angaben von Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus seit der Wende um ein Vielfaches gesunken: von 2,4 Millionen Tieren im Jahr 1989 auf derzeit rund 800.000 Schweine. In Teterow habe eine Schlachtung zuletzt 20 Euro gekostet. „Wir müssen unter zehn kommen, dann rechnet sich das“, so der Minister. Mit dem Aus in Teterow gibt es in Ostdeutschland noch zwei große Betriebe, in denen Schweine geschlachtet werden: Vion in Brandenburg und Tönnies

Die Schließung der Schweineschlachtung als „Marktberreinigung unter den Großen“ – das hielt auch **Holger Kliewe** (CDU) für nicht abwegig. Über einen neuen, größeren Schlachthof nachzudenken, sei illusorisch. „Wo sollen die Schweine denn herkommen?“ Eine zunehmend auf Tierwohl, Natur- und Umweltschutz ausgerichtete Agrarpolitik werde unweigerlich zu sinkenden Tierbeständen führen. Denn: Um die Standards zu erfüllen, müssten viel mehr Ställe gebaut werden. Das sei im ländlichen Raum in vielen Gebieten überhaupt nicht mehr möglich. „Wenn wir weiterkommen wollen mit Tierwohl und regionalen Wertschöpfungsketten, dann sollten wir uns in Zukunft landespolitisch mehr auf die kleinen Schlachtstätten konzentrieren.“

Die Schuld allein auf Danish Crown zu schieben, nannte **Ralf Borschke** (Freie Wähler/BMV) eine Frechheit. „In einer Marktwirtschaft kann man Firmen nicht vorhalten, dass sie marktwirtschaftlich und gewinnorientiert handeln.“ Die Voraussetzungen für eine funktionierende Wirtschaft habe der Staat zu schaffen.

Der Antrag der CDU/SPD-Koalition wurde einstimmig angenommen, der der Freien Wähler/BMV samt Überweisungsvorschlag in die Ausschüsse mehrheitlich abgelehnt.

Antrag Freie Wähler/BMV

Drucksache 7/4023

Änderungsantrag Freie Wähler/BMV

Drucksache 7/4123

Antrag CDU/SPD-Koalition

Drucksache 7/4031

Änderungsantrag CDU/SPD-Koalition

Drucksache 7/4124

in Sachsen-Anhalt. Laut Statistischem Bundesamt wurden im vergangenen Jahr bundesweit 56,6 Millionen Schweine geschlachtet. Das waren fast 1,7 Millionen Tiere weniger als im Jahr davor. In M-V wurden der Statistik zufolge 2018 rund 482.000 Schweine geschlachtet. Im Vergleich zu 2017 entspricht das einem Anstieg von rund 8000 Tieren.

Quellen: www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/02/PD19_043_413.html

Weitere Meldungen

Mehr Maßnahmen für bezahlbares Wohnen

Foto: Jens Büttner



Wo ist Wohnen noch bezahlbar?

In Ballungs- und Urlaubsgebieten von M-V werden Wohnungen knapp und teuer. In ländlichen Räumen steigen Leerstände; sinkende Mietniveaus erschweren Investitionen in attraktiven Wohnraum. Um diesen Entwicklungen zu begegnen, warben SPD und CDU um bessere bundes- und europarechtliche Rahmenbedingungen. Ihr Antrag beinhaltet: Sozial- und Wohnungsbaupolitik enger zu verzahnen, Modelle gegen soziale Spaltung zu erproben, in Zusammenarbeit mit Bund und Ländern baurechtliche Vorschriften besser aufeinander abzustimmen und auf EU-Ebene ein besseres Zusammenwirken wirtschafts- und sozialpolitischer Ziele zu forcieren. Die Fraktion Freie Wähler/BMV schloss sich den Forderungen an. AfD und DIE LINKE stimmten dagegen.

Antrag SPD/CDU-Koalition

Drucksache 7/4028

Wohlfahrtsverbände werden neu finanziert

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sollen künftig mehr Geld erhalten und genauer offenlegen, wofür sie es ausgeben. Das sieht ein Gesetzentwurf des Sozialministeriums vor, den der Landtag am 4. September in Erster Lesung beraten hat. Im Kern geht es um drei Punkte. Erstens: Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege erhalten klar definierte Landesmittel. Diese basieren auf einem einheitlichen Sockelbetrag, der je nach Mitarbeiterzahl aufgestockt wird. Bisher wurden Projekte

jahresweise gefördert. Das Land sieht dabei vor, die Mittel in den kommenden beiden Jahren von derzeit 5,1 Millionen Euro auf 5,77 Millionen Euro und bis 2024 auf 6,2 Millionen Euro zu erhöhen. Zweitens: Das Land überweist das Geld an die Kommunen, die es dann an die Träger weiterleiten. Das soll kommunale Gestaltungsspielräume stärken. Drittens: Die Verbände müssen jedes Jahr offenlegen, wofür sie das Geld verwenden. Diese Informationen sollen über öffentliche Datenbanken für jedermann zugänglich sein. Die großen Wohlfahrtsverbände im Land waren in die Kritik geraten, weil sie die Landesmittel bislang nach einem selbst festgelegten Schlüssel untereinander aufgeteilt hatten. Der Gesetzentwurf wird nun in den Ausschüssen beraten.

Gesetzentwurf Landesregierung

Drucksache 7/4009

Deutsch-russische Partnerschaft

Mecklenburg-Vorpommern strebt eine engere politische Zusammenarbeit mit der Oblast Leningrad, einem Verwaltungsbezirk im Nordwesten Russlands, an. Der Landtag hat dazu einstimmig eine Partnerschaftsvereinbarung auf den Weg gebracht. Diese sieht unter anderem vor, sich mit der Volksvertretung der Oblast regelmäßig politisch auszutauschen und das Erlernen der jeweils anderen Sprache zu fördern. Der Vertrag soll im April 2020 auf der Deutschen Woche in St. Petersburg unterzeichnet werden. Zwischen beiden Regionen bestehen seit vielen Jahren partnerschaftliche Verbindungen.

Antrag SPD, CDU, DIE LINKE,

Freie Wähler/BMV

Drucksache 7/4027

Engagierte Menschen schützen

Der Landtag hat die Landesregierung mit den Stimmen von SPD und CDU bei Enthaltung von DIE LINKE und Freie Wähler/BMV aufgefordert, Menschen, die sich offen und kritisch mit Hass, Hetze und populistischen Äußerungen auseinandersetzen, zuverlässig vor Bedrohung, Einschüchterung und Extremismus zu schützen. In ihrem Antrag forderten die Koalitionsfraktionen unter anderem, Betroffene frühzeitig

über Gefährdungslagen und mögliche Schutzmaßnahmen zu informieren, gewaltbereite Netzwerke weiterhin genau zu beobachten, offene Haftbefehle konsequenter zu vollstrecken und die Maßnahmen aus dem Landesprogramm „Demokratie und Toleranz“ fortzuführen. Anlass für den Antrag waren die Erkenntnisse um das rechtsextreme Prepper-Netzwerk „Nordkreuz“. Die Gruppierung hatte eine Liste mit Namen und Adressen von etwa 25.000 politischen Gegnern gesammelt. Darunter befinden sich auch 1200 Personen und Institutionen aus M-V. Der Änderungsantrag der Linken wurde abgelehnt.

Antrag SPD/CDU-Koalition

Drucksache 7/4030

Änderungsantrag DIE LINKE

Drucksache 7/4119

Breitband gezielter fördern



Foto: Cornelius Kettler

Schnelles Internet – das ist noch in vielen Orten des Landes nicht vorhanden. Auch deshalb, weil nicht jede unterversorgte Region Anspruch auf das Breitbandausbauprogramm des Bundes hat. Das ist dann der Fall, wenn die Datengeschwindigkeit nicht weniger als 30 Mbit/s beträgt oder private Telekommunikationsunternehmen einen Ausbau angekündigt haben. Nicht immer wurden diese Ankündigungen jedoch eingehalten. Der Landtag hat die Landesregierung deshalb einstimmig aufgefordert, auf Bundes- und EU-Ebene nach Möglichkeiten zu suchen, auch in diesen Gebieten den Breitbandausbau zu fördern. Gleiches soll für Gewerbegebiete gelten, deren Übertragungsraten nicht leistungsfähig genug sind. Auch die Forderung der Linken, alle Gebiete, die bislang aus einer Förderung herausgefallen sind, in einer Übersicht zusammenzufassen, stieß auf ungeteilte Zustimmung.

Antrag CDU/SPD-Koalition

Drucksache 7/4029

Änderungsantrag DIE LINKE

Drucksache 7/4117

Neue Quoten

Die Vergabe der Studienplätze für die Studienfächer Humanmedizin, Zahnmedizin, Tiermedizin und Pharmazie soll mit Wirkung ab Sommersemester 2020 geändert werden. Grund hierfür ist, dass das Bundesverfassungsgericht das bisherige Zulassungsverfahren für unzulässig erklärt hat. Zukünftig sollen die Bedeutung der Abiturnote reduziert und Wartesemester abgeschafft werden. Der von der Landesregierung eingebrachte Gesetzentwurf sieht bei der Studienplatzvergabe folgende Quoten vor: 30% der Plätze werden anhand des Abiturdurchschnitts vergeben, 60% durch ein universitätsinternes Auswahlverfahren und 10% durch eine Eigenquote. Vorgesehen ist auch eine Vorabquote. Danach können 20% der Plätze vorab nach eigenen Kriterien der Länder verteilt werden.

Der Gesetzentwurf wurde einstimmig in den Bildungsausschuss sowie den Finanzausschuss überwiesen.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/4001*

Neue Struktur für BBL

Mit dem Gesetz zur Modernisierung der Staatshochbau- und Liegenschaftsverwaltung soll zukünftig der Mittelabfluss bei Investitionen verbessert werden. Ziele sind: weniger Bürokratie, kostenstabiles Bauen und langfristige Budgets. Zum 1. Januar 2020 werden die derzeit vom Betrieb für Bau und Liegenschaften M-V (BBL) als zentrale Bau- und Liegenschaftsverwaltung wahrgenommenen Aufgaben auf eine neue Organisationsstruktur übertragen. Diese besteht aus vier regional zuständigen Staatlichen Bau- und Liegenschaftsämtern (SBL) in Schwerin, Rostock, Greifswald und Neubrandenburg. Die neu einzurichtenden SBL sind dem Finanzministerium unmittelbar nachgeordnet. Die zentralen Steuerungsaufgaben werden im Finanzministerium wahrgenommen.

Der Gesetzentwurf wurde in der Zweiten Lesung durch die Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV unter Ablehnung der AfD angenommen.
*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/4084*



Jörn Mothes

Foto: Landtag M-V

Jörn Mothes wiedergewählt

Der Landtag hat in seiner 72. Sitzung Jörn Mothes erneut für fünf Jahre in den Beirat des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) gewählt. Es stimmten insgesamt 41 Abgeordnete für den früheren Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in M-V, 14 votierten mit nein und sieben Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Landtagspräsidentin Birgit Hesse gratulierte dem ehemaligen Bürgerrechtler im Anschluss an die Wahl. Mothes war zwischen 1998 und 2008 Landesbeauftragter M-V für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Der gebürtige Stralsunder ist seit November 2017 Vorsitzender des Beirates.

Kilometergrenze bleibt

Wer als Landtagsabgeordneter nicht in Schwerin und weiter als 30 Kilometer von der Stadt Schwerin entfernt lebt, hat weiter einen Anspruch auf einen Mietzuschuss. Den Gesetzentwurf der AfD-Fraktion zur Änderung des Radius von 30 Kilometer auf 50 Kilometer hat der Landtag in Zweiter Lesung abgelehnt. Christoph Grimm (AfD-Fraktion) erklärte, mit der Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Abgeordnetengesetz (Amtliche Mitteilung 7/4) könnte der Landtag ein Zeichen setzen hin zu mehr Bürgernähe. Bei Zustimmung durch die AfD-Fraktion, Enthaltung durch die Fraktion Freie Wähler/BMV stimmten die Fraktionen SPD, CDU und DIE LINKE gegen den Gesetzentwurf.

*Gesetzentwurf AfD
Drucksache 7/3699*

Mehr Geld

Nach der Einigung mit Arbeitnehmervertretern wie dem Deutschen Gewerkschaftsbund Bezirk Nord, dem dbb Beamtenbund und Tarifunion Landesbund M-V sollen die Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge als Übertragung des Tarifabschlusses des öffentlichen Dienstes erhöht werden. Für die vorgesehene Anpassung ist eine gesetzliche Grundlage erforderlich. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig brachte daher den Gesetzentwurf in den Landtag ein. Danach sollen die Besoldungs- und Versorgungsbezüge wie folgt erhöht werden: zum 1. Januar 2019 um 3%, zum 1. Januar 2020 um weitere 3% und zum 1. Januar 2021 um 1,2%.

Damit soll Personal gewonnen und gehalten werden und M-V ein handlungsfähiger Staat bleiben. Der Gesetzentwurf wurde ohne Aussprache einstimmig an den Finanzausschuss sowie den Innen- und Europaausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/4000*

Weiterhin Zulagen

Abgeordnete des Landtags M-V erhalten für die Ausübung besonderer parlamentarischer Funktionen entgegen den Vorstellungen der AfD-Fraktion weiterhin eine zusätzliche Entschädigung. So bekommen die Landtagspräsidentin bzw. der Landtagspräsident sowie die Fraktionsvorsitzenden eine Zulage von 100%, die Parlamentarischen Geschäftsführer/innen 75% und die Vizepräsidenten/innen 50%. Auch im Krankheitsfall stehen diese Zulagen unbefristet zu. Ein Verzicht darauf ist nicht zulässig. Die AfD-Fraktion sprach sich in ihrem Gesetzentwurf dafür aus, bei längerer Abwesenheit von Funktionsträgern den Zulagenzeitraum auf sechs Wochen zu begrenzen. Der Gesetzentwurf und die Überweisung in den Rechtsausschuss wurden bei Zustimmung der AfD-Fraktion abgelehnt. Eine Enthaltung gab es seitens der Freien Wähler/BMV.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/3698*



Fotos: Uwe Sinnecker

Befragung der Landesregierung

■ Seit 1. August 2019 gilt für den Landtag eine neue Geschäftsordnung. Darin ist auch das Verfahren der bisherigen Fragestunde geändert. Bislang mussten die Fragen an die Landesregierung eine Woche vor der Fragestunde eingereicht werden. Seit der 71. Sitzung des Landtags am 5. September erfolgte die Befragung der Landesregierung erstmals nach den neuen Regeln. Der Landesregierung werden zukünftig nur die Themen, zu denen die Abgeordneten Fragen stellen wollen, mitgeteilt. Diese sollen sich vorrangig auf Inhalte der vorangegangenen Kabinettsitzungen beziehen. Alle Fragen und Antworten sowie das vollständige Protokoll der Befragung finden sie online auf www.landtag-mv.de und als Video auf www.youtube.com.



Andreas Butzki

SPD-Fraktion

Situation der Küstenfischer

Andreas Butzki, SPD: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister! Die Situation der Küsten- und Kutterfischerei ist ja zum Teil sehr schwierig, wir konnten im Sommer da eine ganze Menge hören. Wie schätzt die Landesregierung die langfristigen Folgen und erheblichen Einschränkungen bei der Herings- und Dorschfischerei ein? Und Fangquoten.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Butzki! Ich glaube, insgesamt neige ich persönlich nicht zum Pessimismus, denn Pessimisten haben



Dr. Till Backhaus

keine Lösungen, aber die Lage der Kutter- und Küstenfischerei ist schon dramatisch. Wenn wir bedenken – ein paar Zahlen, wenn ich darf –, wir sind in die Wende mit 1.390, 1.390 Fischern gegangen. Exakt haben wir zurzeit noch 226. Das deutet ja schon mal an, dass wir einen dramatischen Veränderungsprozess durchlaufen haben seit der politischen Wende.

Und zurzeit ist es so, um das auf den Punkt zu bringen, die Fischerei als solche ist nicht Ursache für den dramatischen Rückgang der Fischbestände – das ist uns jetzt noch mal wissenschaftlich aktuell untermauert bewiesen worden –, sondern der Klimawandel, der ja von einigen bestritten wird,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Von wem?)

der Klimawandel zeigt doch Auswirkungen.

(Horst Förster, AfD: Wer bestreitet den denn?)

Und das hat tatsächlich multifunktionelle Hinweise. Punkt eins: Klimawandel. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Heringbestände aufgrund der Situation, wenn sie ablaichen und dann quasi ihre Kinderstuben pflegen müssen, heute Plankton nicht zur Verfügung haben, weil die Temperaturen im Greifswalder Bodden sich verändert haben. Und ähnlich ist es mit dem Sauerstoffmangel – in Klammern: im Übrigen auch durch den Menschen mit beeinflusst, Nährstoffsituation in der Ostsee –, sodass wir hier Rückgänge in der Gesamtpopulation der Dorsche zu verzeichnen haben.

Dies alles führt dazu, dass das europäische System der Quotenverteilung, wenn man da 1989 oder die 90er-Jahre betrachtet, kommen wir bei den Heringen im Übrigen von 50.000, 55.000 Tonnen Hering, die in Mecklenburg-Vorpommern gefangen worden sind, und wir sind jetzt bei round about – 2018 – 5.700 Tonnen, in diesem Jahr bei zweieinhalbtausend Tonnen. Auch da erkennt man, die Ressource steht so nicht zur Verfügung. In ähnlicher Weise ist es beim Dorsch.

Deswegen glaube ich, wir müssen insgesamt das System komplett umstellen. Wir haben die erste Pflicht, tatsächlich unsere Binnengewässer auf Vordermann zu bringen und auch das Grundwasser, in Klammern: Nitratproblematik. Ich bin dankbar, dass gestern im Übrigen im Bundeskabinett eine ganz weitreichende Entscheidung zu diesem Thema getroffen worden ist. Und zum anderen, glaube ich, ist es zwingend notwendig, dass wir unsere kleine handwerklich ausgerichtete Kutter- und Küstenfischerei in diesem Land erhalten. Dazu werden wir weitere Maßnahmen einleiten. Allein im letzten Jahr haben wir dankenswerterweise ja auch durch den Haushalt – auch durch Sie, Herr Butzki – 2,6 Millionen Euro bereitgestellt. Das werden wir in gleicher Weise tun. Ich habe die Bundesministerin Klöckner aufgefordert, ein Gesamtkonzept für die Ostsee mit uns gemeinsam vorzulegen, und ich will das Ganze im Übrigen auch und insbesondere auf der Agrarministerkonferenz im September zum Thema machen.

Andreas Butzki, SPD: Danke.



Ralf Borschke



Dr. Till Backhaus

Foto: Uwe Sinnecker

Freie Wähler/BMV

Ziel: Erstaufforstung

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Das Landeswahlprogramm 2016 impliziert die Handlungsempfehlung, eine jährliche Erstaufforstung von 1.000 Hektar anzustreben, ein Anspruch, dem sich auch die Landesregierung in Form ihres Koalitionsvertrages angenommen hat, der jedoch weit von der Realität, wie anhand der Kleinen Anfrage auf Drucksache 7/3871 ersichtlich wurde, entfernt ist. So entstand 2018 lediglich eine Waldfläche von 254,55 Hektar durch Erstaufforstung und Sukzession. Mit welchen Maßnahmen möchte die Landesregierung, gerade auch vor dem Hintergrund der größeren von Bränden betroffenen Waldfläche, zukünftig ihr Ziel einer jährlichen Erstaufforstung von 1.000 Hektar erreichen?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Borschke! Punkt eins, ich habe versucht, vorhin schon mal anzudeuten, unser Programm der naturnahen Waldbewirtschaftung und zum Zweiten das Programm zum Umbau der Wälder zu klimastabileren Wäldern sind insgesamt

durch die Landesregierung gewährleistet. Wir sind, und das ist ja im Übrigen in den Medien gerade deutlich geworden, in Mecklenburg-Vorpommern in einer Vorreiterrolle in Deutschland. Wir haben 60 Prozent mittlerweile unserer Wälder und deswegen muss man das im Zusammenhang sehen. Auf der einen Seite die Erstaufforstung, Ziel nicht erreicht, da haben Sie recht. Das macht mich auch traurig. Aber den Hintergrund können Sie sich selber auch erklären. Wenn Sie heute für 20.000, 25.000 bis 40.000/50.000 Euro einen Hektar Land kaufen sollen, um das aufzuforsten, rechnet sich das nicht. Das rechnet sich für den Waldbesitzer nicht und das rechnet sich auch für das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht.

Deswegen ist ja meine große Hoffnung immer noch – und ich bin dankbar im Übrigen auch unserem Finanzminister –, vielleicht kann das auch ein Thema im Rahmen der Diskussion zum Klimaschutz auf Bundesebene sein, ich bin da jedenfalls massiv am Arbeiten, nämlich die letzten Flächen, die dem Bund gehören, BVVG, BImA-Flächen, die landwirtschaftliche Nutzflächen darstellen, das sind round about in Mecklenburg-Vorpommern 50.000 Hektar, für gemeinwohlorientierte Leistungen bereitzustellen. Und dann könnten wir mit diesen Flächen dort, wo es Sinn macht, Waldverbundsysteme

zu schaffen, Klimaschutzwälder anzulegen, einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz, zum Artenschutz, zum sauberen Wasser und letzten Endes damit auch für den Natur- und Ressourcenschutz auf den Weg bringen. Ich wäre dankbar, wenn Sie uns dabei unterstützen.

Und unser Ziel bleibt, soweit es irgend geht, auch Wälder weiter zu unterstützen. Ich habe mich ja im Übrigen gerade durchsetzen können, das werden wir vielleicht heute dann noch mal hören, dass wir die Gemeinschaftsaufgabe aufsto-

cken und damit die Fördersätze bis auf 100 Prozent heben, wenn wieder aufgeforstet wird. In Klammern: was die klimageschädigten und Kalamitätswälder anbetrifft, 100 Prozent Förderung. Und ich gehe davon aus, dass wir gemeinsam, Bund und Länder, ein Gesamtprogramm zwischen BMU, Bundesumweltministerium, und Bundeslandwirtschaftsministerium auf den Weg bringen. Klimastabile Wälder, Zukunft der Wälder in Deutschland – der Wald hat in Deutschland nach wie vor einen ausgezeichneten Ruf und ich glaube auch, die Forstleute beherrschen ausgezeichnet ihr Geschäft.

Fotos: Uwe Sinnecker



Dirk Lerche



Lorenz Caffier

AfD-Fraktion

Digitale Unterschrift

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Guten Morgen, Herr Minister! Wie ist der Sachstand der Prüfung zur digitalen Unterschrift in Beherbergungsbetrieben? Der Bericht hätte am 30.06.2019 in den Ausschüssen vorliegen müssen.

Minister Lorenz Caffier: Guten Morgen, Herr Abgeordneter! Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Also der Sachstand ist bekannt, dass wir die Prüfung vorgenommen haben, ob wir die digitale Unterschrift für die Hotels und Beherbergungsstätten auch für den Gast für eine Erleichterung und Zeitersparnis einführen können, ob diese elektronische Unterschrift dementsprechend anerkannt wird. Das hat mein Ministerium bejaht. Und auf Anfrage des Amtes Usedom Süd, Usedom Nord, des Ostseebads Heringsdorf und des Landkreises Vorpommern-Greifswald, die am 17. Dezember 2018 die Anfrage gestellt haben, ob eine solche Möglichkeit besteht, haben wir diese Möglichkeit, wie gesagt, bejaht, haben sie eingeräumt. Natürlich gilt auch noch der klassische Meldeschein.

Die elektronischen Vorschriften oder die elektronischen Notwendigkeiten haben die jeweiligen Nutzer einzuräumen, also zur Verfügung zu stellen, sprich die Hotellerie, und parallel zu einer Pressemitteilung, die wir getätigt haben, wurde ein Schreiben mit entsprechendem Inhalt an den Tourismusverband M-V, den Bäderverband M-V, an LANDURLAUB, DE-HOGA, Bundesverband Campingwirtschaft, Industrie- und Handelskammern, Landkreise, kreisfreie Städte, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit versandt, um sie auf

die Möglichkeiten aufmerksam zu machen. Gleichzeitig haben wir ergänzend darauf aufmerksam gemacht, dass für die gewünschten technischen Lösungen die jeweiligen Nutzer selbst verantwortlich zeichnen, also wer es einführt, ist selbst verantwortlich für die Sache.

Paragraf 29 Absatz 2 Bundesmeldegesetz setzt voraus, dass der Gast die Unterschrift auf dem Hotelmeldeschein, sei es auf Papier oder sei es auf einem elektronischen Instrument, also sprich iPad, im Hotel in Gegenwart des Hotelpersonals durchführen muss, zwingt, dass diese Unterschriften, auch wenn sie elektronisch sind, ein Jahr aufzubewahren sind, um sie dementsprechend im Zweifelsfall wieder prüfen zu können, wenn, welche Ereignisse auch immer, eingetreten sind, und dass natürlich auch die Vorschriften des Datenschutzes einzuhalten sind. Zudem weise ich darauf hin, dass auch bei jeder elektronischen Variante gewährleistet sein muss, dass den Sicherheitsbelangen Rechnung getragen wird und insbesondere gerichtsverwertbare Ermittlungsansätze generiert werden können, das heißt, die Unterschrift muss in irgendeiner Form zur Verfügung gestellt werden können, auch wenn sie elektronisch ist.

Wir sind das erste Bundesland, das diesen Weg geht. Das war kein ganz einfacher Weg, weil das Bundesinnenministerium zumindest – freundlich formuliert – nicht so glücklich war. Am Ende, glaube ich, lassen sich diese Wege nicht aufhalten und ich hoffe, dass wir damit ein Stück Erleichterung im Interesse der Tourismuswirtschaft mit einführen können.

Präsidentin Birgit Hesse: Haben Sie eine Nachfrage, Herr Lerche?

Dirk Lerche, AfD: Herr Minister, Sie haben jetzt aufgeführt, wer alles informiert wurde. Ich vermisse eigentlich die Abge-

ordneten. Die sind nicht informiert worden. Wir dürfen uns das dann aus der Presse zusammensammeln. Das war auch mal so ein bisschen die Kritik in der Frage.

Minister Lorenz Caffier: Wenn ich den Bericht versäumt habe, entschuldige ich mich an der Stelle. Es war mir in der

Form nicht bekannt, dass der Ausschuss einen Bericht dazu abgefordert hat. Das hole ich natürlich selbstverständlich nach. Aber ich bin davon ausgegangen, dass die Informationsstrecken, die wir geleistet haben, dementsprechend auch den Abgeordneten erreicht haben. Ich will das gern nachholen, recht herzlichen Dank für den Hinweis.



Stefanie Drese



Jacqueline Bernhardt

Fotos: Uwe Sinnecker

DIE LINKE

Kinder- und Jugendarbeit

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Guten Morgen, Frau Ministerin! Sie haben, wie schon in der OZ angekündigt, die Kinder- und Jugendförderung zu novellieren. Aus diesem Grund ist die Frage: Hält die Ministerin die vorgesehene Erhöhung von 1,32 Euro für ausreichend, um die Kinder- und Jugendarbeit bedarfsgerecht auszustatten?

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Selbstverständlich ist auch die Kinder- und Jugendarbeit ein Bereich, in dem immer mehr geht. Nachdem wir 20 Jahre keine Erhöhung in diesem Bereich mehr hatten, ist eine Erhöhung um 25 Prozent ein guter Einstieg aus meiner Sicht und eben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: 1,32 Euro – fürs Protokoll!)

und eben auch etwas, bei dem eine gewisse Hebelwirkung dadurch erzielt wird, dass auch die Landkreise dann um ihren Prozentsatz diesen Ansatz erhöhen müssen, sodass wir also bei einer 50-prozentigen Erhöhung sind. Selbstverständlich, mehr geht immer, ich bin aber froh, dass es mir in den Chefgesprächen gelungen ist, diesen Einstieg zu haben, zumal wir dann auch zu einer Dynamisierung kommen, es also nicht mehr den Fall geben wird, dass 20 Jahre hier eine Summe stagniert, und auch zwei Sozialministerinnen der LINKEN das nicht gelungen ist. Von daher glaube ich, dass das eine gute Basis und eine gute Grundlage ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das Füllhorn ist erst seit gestern da, haben wir gehört.)

Präsidentin Birgit Hesse: Haben Sie eine Nachfrage?

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das mit den Sozialministerinnen der LINKEN, ich glaube, das ist lang genug her, als dass man darauf Bezug nehmen müsste.

(Peter Ritter, DIE LINKE: 40 Jahre, Jacky, 40 Jahre!)

40, Entschuldigung, ja.

Wie kommt das Ministerium auf die Erhöhung um 25 Prozent, also 1,32 Euro konkret, wie berechnet sich das?

Ministerin Stefanie Drese: Das ist etwas, was wir in den Chefgesprächen besprochen haben, inwieweit der Haushaltsansatz von Landesseite erhöht werden kann. Das ist das Ergebnis der Chefgespräche. Es ist eine freiwillige Leistung des Landes für die Pflichtaufgabe auf kommunaler Ebene, wobei ich ausdrücklich noch mal sagen möchte, ich würde mich natürlich auch sehr freuen, wenn die Landkreise und kreisfreien Städte beispielsweise dem positiven Beispiel von Rostock folgen. Weil Sie mir ja eben gesagt haben, ich soll nicht die linken Sozialministerinnen nennen, dann möchte ich den linken Senator in Rostock als positiv hervorheben. Dort haben wir die 5,11 Euro gegeben und Rostock gibt seit Langem 50 Euro. Also das heißt nicht, dass die Landkreise an diese 1,32 Euro, die wir erhöhen, gebunden sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kann ich wegen Haushaltssicherungskonzept nicht machen. – Torsten Renz, CDU: Herr Ritter!)

Weitere Fragen der Fraktionen finden Sie im Plenarprotokoll unter www.landtag-mv.de/parlamentsdokumente.html.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 10.09.2019

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/3012	LReg.	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	Bildungsausschuss	1. Lesung: 23.01.2019 in Beratung
7/3556	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulrechts	Bildungsausschuss	1. Lesung: 22.05.2019 in Beratung
7/3584	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Norddeutsche Landesbank - Girozentrale -	Finanzausschuss	1. Lesung: 22.05.2019 in Beratung
7/3694	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung anderer Gesetze	Innen- und Europa- ausschuss	1. Lesung: 19.06.2019 in Beratung
7/3695	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes	Sozialausschuss	1. Lesung: 19.06.2019 in Beratung
7/3696	LReg.	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern	Energieausschuss	1. Lesung: 19.06.2019 in Beratung
7/3899	LReg.	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020/2021	Finanzausschuss	1. Lesung: 04.09.2019 in Beratung
7/3900 (neu)	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Haushaltsgesetz 2020/2021)	Finanzausschuss	1. Lesung: 04.09.2019 in Beratung
7/3990	LReg.	Entwurf eines Zustimmungsgesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Niedersachsen über die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit in Zweckverbänden, gemeinsamen kommunalen Unternehmen, Planungsverbänden nach § 205 des Baugesetzbuchs und durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen	Innen- und Europausschuss	1. Lesung: 04.09.2019 in Beratung
7/4000	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2019, 2020 und 2021 und zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 04.09.2019 in Beratung
7/4001	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Hochschulzulassung und zur Aufhebung gegenstandsloser Zustimmungsgesetze	Bildungsausschuss	1. Lesung: 04.09.2019 in Beratung
7/4009	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung des Insolvenzordnungsausführungsgesetzes	Sozialausschuss	1. Lesung: 04.09.2019 in Beratung
7/4010	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Mecklenburg-Vorpommern (Hochschulzulassungsgesetz - HZG M-V)	Bildungsausschuss	1. Lesung: 04.09.2019 in Beratung
7/4012	AfD	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 04.09.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4013	AfD	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 04.09.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4014	AfD	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 04.09.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4016	DIE LINKE	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 04.09.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4017	DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Beteiligtentransparenzdokumentation beim Landtag (Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz Mecklenburg-Vorpommern - BeteilidokG M-V)	Rechtsausschuss	1. Lesung: 04.09.2019 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 4. September 2019 entschieden

Stand: 10.09.2019

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/3393	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Elternbeitragsfreiheit, zur Stärkung der Elternrechte und zur Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (Kindertagesförderungsgesetz - KiföG M-V)	LReg.	1. Lesung 10.04.2019 2. Lesung 04.09.2019	Annahme (SPD, CDU, Freie Wähler/BMV: Zustimmung; AfD: Enthaltung; DIE LINKE: Ablehnung)
7/3394	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Staatshochbau- und Liegenschaftsverwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	LReg.	1. Lesung 10.04.2019 2. Lesung 04.09.2019	Annahme (SPD, CDU, DIE LINKE, Freie Wähler/BMV: Zustimmung; AfD: Ablehnung)
7/3557	Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrages	LReg.	1. Lesung 22.05.2019 2. Lesung 04.09.2019	Annahme (SPD, CDU, DIE LINKE, Freie Wähler/BMV: Zustimmung; AfD: Enthaltung)
7/3698	Entwurf eines Siebzehnten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz) - 17. AbgGÄndG M-V -	AfD	1. Lesung 19.06.2019 2. Lesung 04.09.2019	Ablehnung (SPD, CDU, DIE LINKE: Ablehnung; Freie Wähler/BMV: Enthaltung; AfD: Zustimmung)
7/3699	Entwurf eines Siebzehnten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz) - 17. AbgGÄndG M-V -	AfD	1. Lesung 19.06.2019 2. Lesung 04.09.2019	Ablehnung (SPD, CDU, DIE LINKE: Ablehnung; Freie Wähler/BMV: Enthaltung; AfD: Zustimmung)

Termine

Gedenkveranstaltung zu „30 Jahre Friedliche Revolution“ in Waren und Ausstellung im Landtag

Zur zentralen Festveranstaltung „30 Jahre Friedliche Revolution in M-V“ lädt der Landtag am Mittwoch, 16. Oktober nach Waren (Müritz) ein. Beginn der Veranstaltung ist um 16 Uhr mit einer Einstimmung und einem Zeitzeugengespräch auf dem Marktplatz. Es folgt ein ökumenischer Gottesdienst in der St. Georgenkirche. Der offizielle Festakt beginnt um 18.30 Uhr in der Marienkirche. Den Festvortrag hält der Theologe und Politiker Markus Meckel (SPD). Anschließend wird auf dem Markt der

Siegerentwurf für ein zentrales Gedenkzeichen vorgestellt.

Ab Donnerstag, 17. Oktober, wird im Schweriner Schloss die Ausstellung „Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Beauftragten für die neuen Bundesländer zu sehen sein. Im Foyer vor den Besuchertribünen werden Schautafeln mit Fotos und Dokumenten aus den Wendejahren 1989/90 sowie Zeitzeugen-Interviews präsentiert.

25 Jahre Verfassung – Feststunde im November

Der Landtag begeht am Freitag, 15. November 2019 den 25. Jahrestag der Verfassung des Landes mit einer Feststunde im Plenarsaal des Landtages. Als Festrednerin wird Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin von 1988 bis 1998, erwartet. Am 15. November 1994 trat die Landesverfassung nach Beschluss des Landtages endgültig in Kraft. Bevor die Verfassung in Kraft treten konnte, gab es eine Volksentscheidung bei der 60,1 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die Verfassung stimmten.



Foto: Landtag M-V

Der Innen- und Europaausschuss zu Besuch bei der königlich-belgischen Reiterstaffel

Innen- und Europaausschuss in Brüssel

Auf den Spuren von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

■ Die Landespolitik wird auch als „Europäische Innenpolitik“ bezeichnet. Mit einer Vielzahl von Entscheidungen gestaltet die Europäische Union (EU) direkt oder indirekt das Leben der Bürgerinnen und Bürger in M-V. Über Artikel 23 Grundgesetz wird den Bundesländern eine erhebliche Rolle bei den Entscheidungen auf europäischer Ebene zugesichert. Die Pflege und Intensivierung von politischen Beziehungen zur Europäischen Union sind für die Länder essentiell.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Innen- und Europaausschuss im Rahmen seiner jährlichen Unterrichtungsfahrt vom 28. bis 30. August vor Ort über die aktuellen Ereignisse und Entwicklungen auf der europäischen Ebene mit Sicht auf M-V informiert.

Mit dem scheidenden deutschen EU-Kommissar für Haushalt und Personal, Günther Oettinger wurde, neben der personellen Besetzung der künftigen Europäischen Kommission, der mehrjährige Finanzrahmen, insbesondere die finanziellen Folgen eines Austritts des Vereinigten Königreichs Großbritannien mit

Nordirland aus der EU für Deutschland insgesamt, aber auch für die einzelnen Bundesländer erörtert.

In einem Gespräch mit dem Direktor der Generaldirektion Migration und Inneres, Matthias Oel, wurden die Mitglieder des Innen- und Europaausschusses über die künftigen Schwerpunkte der europäischen Migrations- und Sicherheitspolitik informiert. Der Fokus der Bemühungen liegt auf der konsequenten Sicherung der Außengrenzen, der vollständigen Wiederherstellung der Freizügigkeit im Schengen Raum, der fairen Verteilung der Flüchtlinge über die Mitgliedstaaten, aber auch auf der konsequenten Rückführung, der Migrationssteuerung durch Eröffnung legaler Migrationswege sowie der nachhaltigen Integration und der Bekämpfung von Migrationsursachen. Matthias Oel stellte klar, dass eine wirksame europäische Migrations- und Sicherheitspolitik nur dann zu erreichen ist, wenn all diese Schwerpunkte mit der gleichen Intensität verfolgt werden. Ein weiterer Gesprächsschwerpunkt lag auf der Europäischen Grenz- und Küstenwache (FRONTEx), vor allem der geplanten Aufstockung der Grenzschutzbeamten

auf 10.000 Kräfte bis zum Jahr 2027.

Ebenfalls auf der Agenda des Ausschusses stand ein Termin bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU. Neben allgemeinen Ausführungen zum Aufbau und den Aufgaben der diplomatischen Vertretung wurden Gespräche über die mögliche Besetzung der neuen Kommission sowie über die derzeit vorherrschenden Hauptthemen in den Beratungen der Ausschüsse des europäischen Parlaments geführt. Der Fokus liegt hier auf dem mehrjährigen Finanzrahmen, der finnischen Ratspräsidentschaft, dem BREXIT und auch auf der deutschen Ratspräsidentschaft ab Juli 2020.

Auch über die Zuständigkeiten und Funktionen des Europäischen Datenschutzbeauftragten als unabhängige Datenschutzbehörde der Europäischen Union unterrichteten sich die Mitglieder des Innen- und Europaausschusses. Themen der Gesprächsrunde waren ein Rückblick auf 15 Monate EU-Datenschutz-Grundverordnung und die Erfahrungen mit den neuen Sanktionsmöglichkeit in Form der Verhängung von Bußgeldern.



Die Anhörungsreihe „Jung sein in M-V“ findet im Plenarsaal statt.

Foto: Landtag M-V

Letzte thematische Anhörung der Reihe „Jung sein in M-V“

Beratungen zu Kinderarmut und Chancengleichheit

■ Die Anhörung der Reihe „Jung sein in M-V“ am 25. September beleuchtete das Thema der Kinderarmut und Chancengleichheit. Sie war zugleich die letzte von sechs thematischen Anhörungen der Reihe. Danach folgt am 4. Dezember 2019 die gemeinsame Auswertung der Anhörungsreihe durch die Jugendlichen und Abgeordneten.

Ein zentrales Thema in der Anhörung war das Konzept einer Kindergrundsicherung, die für alle Kinder gezahlt werden soll, deren Höhe aber den individuellen Steuersatz berücksichtigt. So soll mit vergleichsweise geringem Aufwand und ohne Antrag der Eltern für jedes Kind ein ausreichender Betrag zur Verfügung gestellt werden, um Kinderarmut zu vermeiden. Denn bisher werden

Förderangebote für finanzschwache Haushalte mit Kindern vielfach nicht in Anspruch genommen, auch im Rahmen des Bundesprogramms „Bildung und Teilhabe“. Wenn aber Kindern aus finanziellen Gründen die Teilhabe an Bildung versagt bleibt, werde die gesellschaftliche Teilhabe dauerhaft erschwert. Die Kindergrundsicherung ist allerdings ein Thema für die Bundesebene, wie insgesamt die Bundesebene für Steuerrecht und Sozialrecht zuständig ist und damit für die finanziellen Rahmenbedingungen der Haushalte mit Kindern. Demgegenüber kann die Landesebene durch ihre Angebote und die Förderung von Infrastruktur den Folgen von Kinderarmut begegnen. So könnten über Kindertageseinrichtungen und Schulen Eltern erreicht werden, die sowohl

in Fragen der Erziehung wie auch bei der Identifizierung und Wahrnehmung von konkreten Förderprogrammen Unterstützung brauchen. Allgemeine Maßnahmen etwa zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs würde auch und vor allem denen helfen, die weniger Geld hätten, und ermöglichten oft die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Eine wichtige Funktion wurde in der Anhörung der Schulsozialarbeit und der Jugendsozialarbeit zugeschrieben. Dazu wurde auch die Situation der Beschäftigten in diesen Bereichen thematisiert.

In der Anhörung ging es auch um die Datenerhebung auf Bundes- und Landesebene. Dazu wurde mehrfach die Forderung erhoben, Landesberichte zur Armutssituation zu erstellen.

Weitere Informationen zu der Anhörungsreihe sowie die Stellungnahmen sind zu finden unter:

<https://www.landtag-mv.de/landtag/ausschuesse/ausschuesse/sozialausschuss/anhoerungsreihe-jung-sein>

Agrarausschuss befasst sich mit Plastikmüll

Öffentliches Expertengespräch

■ Am 29. August ging es im Agrarausschuss um das Thema: „Was kann gegen die Vermüllung des Meeres vor unserer Haustür – der Ostsee – mit Plastik getan werden?“. Aufhänger dafür war die Überweisung eines Antrages der Fraktion DIE LINKE in der April-Landtagsitzung an den Agrarausschuss. Adressaten dieser Frage waren neben der Verbraucherzentrale M-V, das Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde (IOW), die Rostocker Großmarkt GmbH sowie der Bundesverband der Deutschen Energie-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. (BDE).



Die Ausschuss-Vorsitzende, Elisabeth Aßmann, stellt die Sachverständigen vor.

Die Verbraucherzentrale M-V hat die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass die parlamentarische Befassung mit dem Thema keine Eintagsfliege sein möge. Vielmehr müsse herausgearbeitet werden, auf welcher Ebene – EU, Bund, Land, Kommunen – konkreter Handlungsbedarf

bestehe. Insbesondere ist es als notwendig angesehen worden, der offenbar nachlassenden Bereitschaft zur Mülltrennung entgegenzuwirken.

Seitens des IOW ist das Erfordernis bekräftigt worden, die Zusammenarbeit mit den „nicht anwesenden Vertretern“ (der Chemieindustrie, die nicht hinzugezogen worden war, des Discounterhandels sowie der Entsorgungswirtschaft – Lidl sowie Duales System Deutschland waren der Einladung nicht gefolgt) zu forcieren. Singuläre Ansätze zur Lösung des Problems seien wenig hilfreich, vielmehr müsse dieses in seiner Gesamtheit angegangen werden.

Für den Rostocker Großmarkt hat das Hearing die Komplexität des Problems deutlich werden lassen. Dieser sehe die Veranstalter von lokalen Events auf einem guten Weg, wenn es darum gehe, ihren Beitrag zu leisten. An die Politik ist appelliert worden, die Verwendung von Plastik im Zusammenhang mit den einzuhaltenden hygienischen Standards zu betrachten. Hinderlich bei der Vermeidung von Verpackungsmüll sei, dass aufgrund von Hygienevorschriften die mitgebrachten Behältnisse der Kunden nicht über die Ladentheke gereicht werden dürften.

Der BDE hat bekräftigt, dass Plastik auch in Zukunft seinen Platz im Leben der Menschen haben werde. Das sei nicht zuletzt deshalb so, weil dessen Gesamt-Ökobilanz besser sei als bei anderen Verpackungen. Der Verband hat die Hersteller von Plastik aufgerufen, „von Anfang an, das Recycling mitzudenken“. Da die ganze Welt unter den Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu leiden habe, sei Plastikmüll als „Top-Thema“ auf die Agenda zu setzen.

Beim Agrarausschuss ist das schon der Fall. Im Ergebnis des nun anschließenden Beratungsverfahrens wird er dem Landtag hierzu einen Beschluss empfehlen.

Umweltpreis

Clevere Lösungen für Alltagsmüll ausgezeichnet

Landtagspräsidentin Birgit Hesse hat am 25. September in Schwerin den Umweltpreis 2018/2019 des Landtages M-V in zwei Kategorien verliehen. Im Plenarsaal des Schweriner Schlosses zeichnete sie gemeinsam mit der Vorsitzenden des Agrarausschusses des Landtages und Jury-Vorsitzenden, Elisabeth Aßmann, die Preisträger in den Kategorien „Umweltpreis“ und „Jugend-Umweltpreis“ aus.

Zum Wettbewerbsthema „Clevere Lösungen für weniger Kunststoff im Alltag“ waren 13 Projekte in die engere Auswahl gelangt. Umweltpreis und Jugend-Um-



Vor allem die jungen Preisträger freuten sich über die Anerkennung.

weltpreis sind zusammen mit insgesamt 25.000 Euro dotiert.

Birgit Hesse: „Beim Thema ‚Plastikmüll‘ besteht Handlungsbedarf. Wir alle kennen das Motto ‚Global denken – lokal

handeln‘ – der Landtag hat hervorragende Beispiele hierfür ausgezeichnet“. Der Umweltpreis des Landtages M-V ist der einzige deutsche Umweltpreis, der von einem Parlament vergeben wird.



Landtagspräsidentin Birgit Hesse bei der Preisverleihung im Plenarsaal

Fotos: Angelika Lindenbeck

Landesbaupreis für Plenarsaal

Architektur des Parlaments als herausragende Bauaufgabe in der Demokratie



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

■ Für die Neugestaltung des Plenarsaals im Schweriner Schloss hat der Landtag den diesjährigen Landesbaupreis in der Kategorie „Bausumme ab eine Million Euro“ erhalten. Die Architektur des Parlaments sei in der Demokratie eine „herausragende Bauaufgabe“, die der neue Plenarsaal im Schweriner Schloss auf „exzellente Weise“ umsetze, hieß es in der Erklärung.

Als verantwortliche Architekten nahmen Veronika Dannheimer und Tilmann Joos den Preis am 10. Oktober 2019 im Plenarsaal entgegen. Gewürdigt wurde unter anderem die besondere Baustellenlogistik, ausgeführt durch das Büro CSR – Cheng Radtke Schwabe Baurealisierung Gesellschaft von Ingenieuren mbH.

Weitere Preisträger, Ausgezeichnete mit einer Belobigung oder einer Anerkennung sind unter anderem das Wohnhaus Kemnitzerhagen in Kemnitz (Landkreis Vorpommern Greifswald), der Erweiterungsneubau Kreissitz Nordwestmecklenburg in Wismar, das Johannes-Heinrich-Voß-Haus in Penzlin, das Schaudepot der Kunsthalle Rostock und die Hörsäle, Bibliothek und Mensa der Universität Greifswald am Campus Loefflerstraße.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse sagte, sie wünsche sich, „dass nicht nur die prämierten Projekte Nachahmer finden, sondern dass sich daraus auch neue attraktive Ideen entwickeln, die Baukultur in unserem Land nachhaltig aufzuwerten“.

Seit 1998 wird der Landesbaupreis alle zwei Jahre vom Energieministerium, der Architektenkammer MV, der Ingenieurkammer M-V und dem Bauverband M-V an Bauherren, Architekten und Ingenieure für deren unverwechselbare und innovative Bauten verliehen.

Weitere Informationen zum Landesbaupreis unter anderem mit der Broschüre als Download finden Sie auf der Internetseite <http://www.landesbaupreis-mv.de>.



Die 1. Vizepräsidentin des Landtages, Beate Schlupp, würdigte am 17. September im Plenarsaal das außerordentliche Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung Umwelt- und Naturschutz M-V. Bei der Festveranstaltung zum 25jährigen Bestehen der Stiftung sagte die Vizepräsidentin: „Sie, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, haben den Naturschutz in die Fläche getragen und gesichert! Dahinter stecken eine Menge Arbeit, tiefgründiges Wissen und sehr, sehr viel Engagement. Das ist aller Ehren wert.“



Die 2. Vizepräsidentin des Landtages, Dr. Mignon Schwenke, begrüßte am 17. September Teilnehmende der Fachtagung „Herkunft und Zukunft - Geflüchtete Männer in Mecklenburg-Vorpommern“ im Schweriner Schloss. Dr. Mignon Schwenke: „Wir stehen vor der großen Herausforderung, aus vielfältigen Meinungen und Interessen eine Gemeinschaft zu entwickeln. Diese Herausforderung müssen wir in Staat und Gesellschaft zusammen angehen.“ Und weiter: „Wir sollten uns immer wieder bemühen, alle individuellen Sichtweisen und Lebenslagen zu verstehen und Perspektiven aufzuzeigen.“

Unter dem Motto „MV for Future“ sind beim Generationendialog am 2. Oktober in Anklam Landtagsabgeordnete mit Jugendlichen und Seniorinnen und Senioren ins Gespräch gekommen. Es war die dritte landesweite Veranstaltung dieser Art, bei der junge und ältere Menschen über politische Themen diskutieren und gemeinsame Ideen erarbeiten. In diesem Jahr standen Mobilität, Ehrenamt, Bildung und Nachbarschaft im Mittelpunkt. Der Generationendialog M-V wird in Kooperation mit dem Landtag vom Landesjugendring und dem Landesseniorenbeirat mit Unterstützung des Kreisjugendrings Vorpommern-Greifswald geplant und organisiert.

Gemeinsam mit den Präsidentinnen und Präsidenten anderer Bundesländer hat Landtagspräsidentin Birgit Hesse am 2. Oktober den Landtag Schleswig-Holstein besucht. Anlass waren die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit. Insgesamt zehn Landtagspräsidenten, 13 Direktoren und der Bundestagspräsident waren dazu nach Kiel gekommen. Anlass: die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit.

Unter Leitung der Bayerischen Landtagspräsidentin Ilse Aigner haben sich die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente am 27. September am Chiemsee getroffen. Zum Jubiläum „70 Jahre Grundgesetz“ trafen sich Landtagspräsidentin Birgit Hesse und ihre Kolleginnen und Kollegen am Originalschauplatz des Verfassungskonvents auf der Insel Herrenchiemsee. Am Entstehungsort des Grundgesetzes wurde dabei an die historische Rolle erinnert, die die Länder und ihre Parlamente bei der Entstehung des Grundgesetzes gespielt haben.



Foto: Landtag Schleswig-Holstein, Yvonne Windel



Foto: Bayerischer Landtag, Rolf Poss